

autonomes
Blättchen



#22
Sep_Nov 2015

Rassismus hat viele Gesichter:



Den rassistischen Mob auseinanderjagen!

Hallo,

diese Ausgabe erscheint spät, dünn und lieblos gestaltet. Aber sie erscheint! Optimist_innen und Pessimist_innen streiten sich ja seit jeher, ob die Zeitung halb voll oder halb leer ist. Wir wissen es auch nicht. Nachdem wir in der letzten Ausgabe veröffentlicht hatten, dass es im Redaktionskollektiv Zweifel am Sinn des Projektes gibt, haben wir sowohl einigen politischen wie emotionalen Zuspruch bekommen und auch Spenden. Danke dafür!!! Die Mühe, die sich Einzelne und Gruppen gemacht haben, uns zu erklären, warum das Blättchen für sie wichtig ist, hat uns beeindruckt. Eine linksradikale, anarchistische Zeitung, die über den identitären Tellerrand hinausblickt erübrigt sich nicht, wenn die Verhältnisse einen Kampf um Veränderungen erfordern.

Diese Nummer 22 schweigt zu Vielem. Und wir haben leider diesmal kaum Kraft, Texte zu organisieren, zu erfragen und zu suchen. Wir sehen das zur Zeit als Ansporn, dafür zu sorgen, dass die Nummer 23 wieder anders aussieht und wir dann auch unsere Probleme und Zweifel klarer benennen können. Das ist nicht so ganz einfach, denn viel von unserer Krisenstimmung und Verunsicherung spiegelt die allgemeine Perspektivlosigkeit und das Zerfallen der „Autonomen Bewegung“ wider. Wir können also immer noch nicht sagen, wie sich die Zukunft des Autonomen Blättchens

gestaltet, aber wir arbeiten daran, reden mit Genoss_innen und versuchen das Projekt wieder auf die Beine zu hieven. Wir versprechen nichts, aber versuchen einiges. Ihr wisst ja, dass wir dafür eure Geldspenden brauchen, euren Zuspruch, eure Texte, eure Kritik, eure politische Praxis.

Jeden Tag, fast stündlich erreichen uns Meldungen, dass Flüchtlinge und ihre Unterkünfte angegriffen werden. Stündlich kommen Nachrichten darüber, dass Menschen im Mittelmeer ertrunken sind. Was muss noch passieren, bis wir einen klugen Aufruf zugeschickt bekommen, einzugreifen, die Verhältnisse umzustürzen? Wie lange dauert es noch, bis wir mehr Schreiben dokumentieren können, in denen von Angriffen auf politisch Verantwortliche und auf Nazis berichtet wird, bis Leute ihre Initiativen vorstellen, ihre Kampagnen diskutierbar machen – bis es endlich einen Ruck gibt, die Verhältnisse nicht mehr hinnehmen zu wollen, weil sie nicht mehr auszuhalten sind?

Eine sehr massive Welle rassistischer Angriffe ergießt sich über die BRD. Pogromstimmung in vielen Orten. Es läuft eine faschistische Offensive, der wir zur Zeit nicht die nötigen Antworten entgegensetzen können. Gibt es doch welche? Schickt sie uns!

Manche von uns machen jetzt hilflos das, was vor 20 Jahren als Aufgabe von Wohltätigkeitsorganisationen gesehen wurde: Decken an Geflüchtete spenden und Zelte fürs Rote Kreuz aufstellen. Es ist zum Kotzen. Damit zu diesem wichtigen Thema nicht nichts im Blättchen ist, haben wir einen Aufruf aus dem Internet kopiert.

Auch zu den Vorgängen rund um die rassistischen Folterknechte in der Bundespolizeiwache und der Herschelwache in Hannover haben wir leider nichts geschickt bekommen und deshalb nur einen geklauten Artikel aus der HAZ im Heft. Da gab es doch eigentlich auch einige linksradikale Reaktionen, Positionen und Demos sowie ein Angriff auf die Wache im Bahnhof. Warum schickt uns niemand was?

Bis bald, euer Autonomes Blättchen

PS: Das Blättchen sei das Beste was Hannover seit den Chaostagen hervorgebracht habe, schrieb uns eine anonyme Gruppe. Wir freuen uns über derartige Schmeichelei, Doch leider waren die Chaostage zwar ein Höhepunkt der Punkbewegung, gleichzeitig läuteten sie aber auch deren Ende ein. Als jedoch das Blättchen entstand, war die „autonome Bewegung“ schon weit entfernt von jeglichen Höhepunkten, was es nicht gerade leichter macht, eine perspektivische Kontinuität zu entwickeln – schließlich wird das Projekt nicht von einer Bewegung getragen. Trotzdem danke für alle Komplimente.

Impressum:

Nr. 22 - September/Okttober/November 2015

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@riseup.net

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:

2188 A430 857F 1DCE E089

B218 D4C7 A0F3 17BA D725

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage:

autonomesblaettchen.noblogs.org

Alle Ausgaben gibts auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unserer Homepage schicken. Wie das funktioniert wird dort erklärt.

Einsendeschluss:

alle drei Monate:

1. März; 1. Juni; 1. September; 1. Dezember

ViSdP:

Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Inhalt:

- 04: Re:organisiert die Antifaschistische Aktion
- 05: Doku: [HH] angriffe auf neonazis
- 06: Massive Verschärfungen des Aufenthaltsrechts - warum es uns doch eigentlich geht
- 07: Doku: bekennung zum sachschaden beim innensenat in bremen.
- 08: Polizist: „Die Gewalt hat System“
- 09: Wasserschaden beim BND
- 10: Nordkurdistan/Türkei - Bilanz über einen Monat kriegerische Auseinandersetzungen
- 10: Solidarität mit Rojava: Besetzung der SPD-Zentrale in München
- 11: Interview mit Muzaffer Ayata (KCK)
„Wir betreiben keine Politik, die einseitig im Interesse einer Nation steht“
- 16: Mehmet D. als „hochrangiger Kader der PKK“ zu drei Jahren Haft verurteilt!
- 17: „XWEDÎ DERKEVE!“ – „STEHE ZU!“
Kampagne der kurdischen Jugendbewegung
- 21: Doku: [H] Türkisches Konsulat angegriffen
- 22: Kohlegrube steht still
Bericht von Ende Gelände
- 23: Hambacher Forst: Um jeden Meter kämpfen!
- 24: Ein Tag in Frankfurt - Blockupy und 18M
- 25: Thesenpapier des Blockupy-Koordinierungskreises - Ungehorsam, Bündnis, Straße
- 27: [Blockupy]
Eine Antwort auf den KoKreis-Text
- 31: Prozess wegen BLOCKUPY: Federico Annibale mit Bewährungsstrafe entlassen
- 32: Doku: Glas Steine Scherben:
Textilindustrie in Bremen angegriffen
- 33: Uns stinkt eure Ignoranz!
S+E aufwerten JETZT!

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönliausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

autonomes
Blättchen
will an dein Sparwein!



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Re:organisiert die Antifaschistische Aktion

Europa führt Krieg gegen Flüchtlinge. Dieser Krieg ist nicht weit weg, er tobt vor unserer Hasutür. Fluchthelfer_innen und „Schlepper“ werden von Frontex angegriffen, die Grenzen dichtgemacht, Mauern und Zäune gebaut, Gräben ausgehoben, die Grenzen überwacht und Menschen gejagt. In Europa wird das Militär gegen Geflüchtete eingesetzt. „Wie würde die Welt aufschreien, wenn sich das Mittelmeer in ein Massengrab weißer Menschen verwandeln würde“, fragte unlängst eine Aktivistin im französischen Fernsehen. Doch es sind keine Europäer_innen, die dort ertrinken, es sind keine Menschen, die als Einzelne wahrgenommen werden, deren Leben wertvoll und schützenswert erscheint. Es sind Menschen aus Syrien, aus Tunesien, aus dem Irak, aus Afghanistan, Menschen auf der Flucht vor Tod und Elend. Präsentiert werden sie als anonyme Masse von Hungerbäuchen, die eine Belastung für den europäischen Wohlstand darstellen würden. Doch das sind sie nicht.

Mit jeder Ertrunkenen stirbt eine ganze Welt.

Die, die es bis nach Deutschland schaffen, sind neuen Gefahren ausgesetzt. Das, was den Antiflüchtlings-einheiten nicht gelang, wird hier von Neonazis und anderen Rassist_innen fortgeführt – in Deutschland wird wieder gezündelt. Schon im letzten Jahr wurden in ganz Deutschland Unterkünfte von und für Geflüchtete angegriffen. Und es geht weiter. Fast jeden Tag gibt es neue Meldungen von Brandanschlägen auf bewohnte oder unbewohnte Gebäude. Über 200 Angriffe sollen nach „offiziellen“ Zählungen bereits im Halbjahr 2015 stattgefunden haben, mehr als im gesamten Jahr 2014. Momentan lesen wir jeden morgen die neusten Brandgeschichten. An manchen Orten, wie etwa in Freital, finden tagelang anhaltende rassistische öffentliche Agitationen samt Übergriffen statt. Die Geflüchteten mussten unter rassistischen Parolen ihre Unterkunft beziehen. In Escheburg zündete ein rassistischer Anwohner eine unbewohnte Unterkunft an. In Dresden agitieren Nazis und „Bürgerliche“ zusammen gegen eine Zeltstadt. In Heidenau tobt sich der Rassismus aus. Die Bullen schauen zu, wenn sie nicht gerade Antifaschist_innen aus dem Dorf prügeln. In Meißen, Tröglitz, Remchingen, Reichertshofen, Roetgen, Waldaschaff wird Feuer gelegt in Unterkünften für Flüchtlinge. Die Liste ist viel zu lang und sie ließe sich zu weit fortsetzen.

Die Neonazipartei Der 3. Weg veröffentlichte unlängst eine Karte der BRD, auf der mehr als 2000 Flüchtlingsheime eingezeichnet sind. Kaum wurde sie gelöscht, wurde die Karte wieder online gestellt – und sie wird weiter mit Daten bestückt. Vorgeblich wollen Neonazis damit auf die Anzahl der Asylsuchenden

hinweisen. Aber die Karte enthält Adressen, teilweise Gebäudebeschreibungen. Die Message ist deutlich: Die 2000 Adressen sind Anschlagziele.

Der 3. Weg ist eine Neonazi-Kleinpartei, die unter anderem als Sammelbecken für das verbotene Freie Netz Süd diente, einer neonazistischen Kameradschaft, die bundesweit über beste Kontakte verfügte. Verbindungen des 3. Wegs führen über Umwege bis in das Netz um den NSU.

Passend zur Karte brachte der 3. Weg einen Leitfaden zur Verhinderung von Flüchtlingsunterkünften erstellt. Die Neonazis empfehlen, Bürgerinitiativen zu gründen, Anwohner_innen anzusprechen, auf Bürgerversammlungen rassistisch aber moderat zu agitieren. Und ihre Strategie geht auf: Teile der deutschen Bevölkerung machen sich zu ihren Kompliz_innen und gründen Bürgerwehren, die mal mit, mal ohne die Unterstützung von Nazis an der Vorbereitung zum Pogrom arbeiten. Die Nazis haben es nicht nötig, offen davon zu sprechen.

Währenddessen hört man aus der Politik, die Grenze der Belastbarkeit sei überschritten. Gemeint sind nicht die rassistischen Anschläge, sondern die Geflüchteten selbst. Am laufenden Band werden Asylrechtliche Verschärfungen diskutiert und teilweise parlamentarisch verabschiedet. Man redet von schnelleren Abschiebungen, separierter Lagerunterbringung, von der Erklärung mehrerer Länder zu „sicheren Drittstaaten“, von verkürzten Asylverfahren, der Wiedereinführung der Residenzpflicht, von Sachleistungen statt Geldleistungen, von Wiedereinreise-Sperren und vom Aussperren geflüchteter Kinder von Schulen. Und man bemüht sich darum, die Fluchtwege noch tödlicher zu gestalten. Gleichsam erklärt man in Politik und Presse rassistische Agitationen von sogenannten Bürgerinitiativen, Pegida&Co zu legitimen Äußerungen der „Sorgen der Bevölkerung“, spricht nicht von Rassist_innen, sondern von „Asylgegnern“, nicht von Angriffen sondern von „Protesten“. Die Sorgen derer, denen mit Abschiebung, Ausweisung und Ermordung gedroht wird, scheinen nicht relevant. Legitime Ängste haben in Deutschland nur die Deutschen.

Und wir? Viel zu sehr hängen wir als radikale Linke noch an den Fragen der Einordnung dieser „Phänomene“. Und viel zu viele Wiederholen gebetsmühlenartig die Formel „So schlimm wie in den 90ern ist es nicht, es ist nicht wie in den 90ern“, als wäre damit irgend etwas gewonnen. Als würde die Gefahr, die sich immer weiter verdichtet hin zum Pogrom, hin zum Abfackeln von Unterkünften, aus denen die Menschen nicht mehr schnell genug heraus kommen oder das Feuer löschen können, dadurch gebannt, dass man



sie in der Vergangenheit einsperrt und zu einem abgeschlossenen Teil deutscher Geschichte macht.

Es mag sein, dass es nicht wie in den 90ern ist. Die mediale Stimmung ist nicht durchgängig rassistisch aufgeladen, gewiss, es gibt Orte, an denen rassistische Mobilisierungsversuche nicht greifen und gewiss, in ihren selbst geführten Kämpfen haben sich Geflüchtete den Status als politische Akteur_innen erstritten, etwas, was immer noch viel zu oft in den entmenslichenden Bildern der Flut, der Masse und des Ansturms verschwindet. Aber egal, ob die Bilder, die wir tagtäglich zu sehen bekommen, die gleichen sind wie in den 90ern: Sie erinnern uns. Sie erinnern uns an Mölln, Hoyerswerda, Rostock, an Lübeck, Mannheim-Schönau und Solingen. Und an so viele andere Orte, an denen Menschen angezündet wurden. An die Ohnmacht, die einsetzte, angesichts der Flut von Übergriffen. An die hoffnungslosen und verheuchelten Lichterketten, mit denen sich die bürgerliche Gesellschaft von den Nazis abgrenzen wollte, ohne sich ihnen entgegen zu stellen. Und auch heute sind die, die des Nachts schützend vor Unterkünften stehen, wie zuletzt in Freital, Heidenau oder in Dresden, auf sich allein gestellt.

In den vergangenen Jahren, in denen wir eine Zunahme von rassistischen Mobilisierungen beobachten konnten, kam es zu einem Anstieg dieser Mobilisierungen im Herbst, die sich dann über den Winter verlief, bis sie im Frühjahr dann einzuschlafen schien. Dieses Jahr war anders, die rassistische Mobilmachung reichte bis weit in das Frühjahr hinein und beginnt bereits im Sommer wieder an unheilvoller Stärke zu gewinnen. Bereits jetzt sind neben den unzähligen lokalen „Bürgerbewegungen“ mehrere Großaufmärsche geplant. Pegida ist wieder in die Startlöcher gegangen und kann gegenüber den Verlusten der Vormonate wieder an Zulauf gewinnen.

Wie in den Vorjahren können wir davon ausgehen: Werden die Tage kürzer, verstärken sich diese Entwicklungen.

Wir wollen nicht länger abwarten. Wir wollen keine Vergleichsdebatten mehr führen, über die Ähnlichkeit zu den 90ern, wenn diese geeignet sind, die aktuelle Situation kleinzureden. Wir wollen nicht wieder zu spät kommen. Wir wollen nicht abwarten, bis die ersten Menschen ermordet wurden, und nicht resigniert und hoffnungslos den Dingen bei ihren Lauf zusehen. Wir wollen uns nicht erst danach fragen, was wir hätten besser machen können. Es reicht schon lange. Und es gibt viel zu tun.

Unsere Ausgangslage ist leider schlecht. Wie so oft. Zwar gibt es an einigen Orten bereits Initiativen, die sich unterstützend und schützend an die Seite der Geflüchteten stellen, aber ein Großteil der alten

Dokumentation: [HH] angriffe auf neonazis

in vorbereitung auf den naziaufmarsch am 12.09. haben wir in der nacht auf montag, den 31.08., bekannten hamburger neonazis besuche abgestattet. die autos von jan-steffen holthusen (npd), schlagboom 19c, 22179 hh, torben klebe (npd) glindwiese 1a, 22177 hh, und denis ackermann (gsd hamburg) bei der windmühle 10, 21109 hh, wurden tiefergelegt, entglast und/oder angezündet. bei dem haus von willi wegner (npd, ex-fap, rechtsterrorist) saseler strasse 193, 22159 hh wurden farbe und glasbruch hinterlassen.

antifa heisst angriff 31. August 2015

antifaschistischen Strukturen hat sich aufgelöst, sich umorientiert hin zu internationalen Kämpfen gegen die Krise und hat das urdeutsche Problem mit den Nazis aus dem Blick verloren. Die Antifaschistische Aktion als bundesweite Bewegung liegt am Boden. Und auch wenn es viele immer noch nicht wahrhaben wollen, es ist Zeit, die alten Verbindungen zu erneuern, die alten Kontakte wieder aufzunehmen oder neue zu schaffen, den Blick abzuwenden von dort, wo es spannend und interessant nach Revolte aussieht, und dorthin zu blicken, wo es scheußlich ist: Zu der Mobilmachung deutscher Rassist_innen aller Couleur.

Es ist höchste Zeit, unsere Strukturen zu reorganisieren. Was wir vor allem brauchen, sind eng verbundene antifaschistische und antirassistische, linksradikale und autonome Netzwerke. Was es braucht, ist die einzelne und kollektive Bereitschaft, lokal zu handeln, sich regional zu vernetzen und bundesweit (re)agieren zu können. Nicht mit 250 und auch nicht mit 400 – egal, wo sich das Pogrom ankündigt, und es kündigt sich momentan an vielen Orten an, wir alle müssen aus der falschen Ohnmacht raus. Und es verhindern, wo auch immer.

Was wir brauchen sind lokale Strukturen, die sich mit der aktuellen Situation befassen, Kontakte in die Unterkünfte herstellen, sich untereinander vernetzen, die Nazis im Blick behalten und die anderen Rassist_innen auch. Strukturen, die sich besprechen, was zu tun ist vor und während eines Angriffs, die handlungsfähig sind. Wir brauchen mehr Kommunikation zwischen den Städten und Dörfern, um spontan und aktionsfähig zu sein. Und wir brauchen bundesweite Netzwerke, Verbindungen, Kommunikationsformen. Wir werden alle auf unsre bevorzugten Arten den Nazis, den Rassist_innen, dem Staat und seinen Schergen entgegentreten, es gibt keine richtige Strategie und die Debatten, die darauf zielen, sie doch zu finden, lähmen allzuoft, sie behindern das Handeln. Es gibt viel zu tun, also rein in die Kämpfe!

Schluss mit allem Warten!

Keinen Meter der rassistischen Mobilmachung!

Reorganisiert die Antifaschistische Aktion!

Massive Verschärfungen des Aufenthaltsrechts und worum es uns doch eigentlich geht

Während allerorten Willkommensinitiativen für Geflüchtete aus dem Boden sprießen, hat der Bundestag am 02. Juli eine weitere, massive Verschärfung des Aufenthaltsgesetzes verabschiedet.

Das Gesetz mit dem sperrigen Namen „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ reiht sich ein in die immer ausgefeiltere Entrechtung von Asylsuchenden und Menschen ohne deutschen Pass, die durch die bundesdeutschen Regierungen der letzten 25 Jahre betrieben wurde. Mit dem neuen Gesetz wird einerseits der Kurs fortgesetzt, sich der in der Genfer Flüchtlingskonvention festgeschriebenen Pflicht, Asyl gewähren zu müssen, weiter zu entledigen.



Andererseits wird die ideologische Aufteilung in ‚legitime‘ und ‚illegitime‘ Zuwanderer_innen zugespitzt: Personen, deren Asylgründe nicht aner-

kannt werden, müssen in Zukunft mit Abschiebehaff, Ausreisegewahrsam, Einreise- und Aufenthaltsverboten rechnen. Welche Gründe dabei als asylrelevant anerkannt werden und welche nicht, orientiert sich nicht an den realen Lebensverhältnissen der Menschen, die Schutz vor Verfolgung oder Diskriminierung suchen, sondern an den politischen Vorgaben der Schreibtischtäter_innen aus dem Bundeskanzleramt und Bundesinnenministerium. Deutlichstes Beispiel hierfür ist der Umgang mit Asylverfahren von Roma aus den zu sicheren Herkunftsstaaten deklarierten südosteuropäischen Staaten.

Politisch als ‚illegitim‘ abgestempelt, werden immer neue Verfahren speziell für Personen aus Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina geschaffen um eine effiziente Abschiebung ohne individuelle Prüfung der Asylbegehren zu gewährleisten. Dabei zeigt die Realität mehr als deutlich, dass Roma in den genannten Staaten massiver Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt sind. Der neueste Vorschlag aus dem Hause de Maizieres sind als „Cluster“ bezeichneten Sonderlager, in denen Asylanträge zeitnah abgelehnt, Klagen zurück gewiesen und Abschiebungen durchgeführt werden sollen. Bayern hat als erstes Bundesland bereits mit der Errichtung dieser Sonderabschiebelager begonnen. Weiter auf dem Programm stehen spezielle Arbeits- und Ausbildungsverbote sowie die Kürzung

der Geldleistungen unter das vom Bundesverfassungsgericht festgelegte Existenzminimum.

Begründet wird diese neueste staatliche Entrechtungs-welle mit der begrenzten Aufnahmebereitschaft für Zuwanderer_innen in der bundesdeutschen Bevölkerung. Die Verschärfungen seien notwendig, so de Maiziere, um „die Zustimmung zur Zuwanderung und der Aufnahme von Schutzbedürftigen in Deutschland zu sichern und zu stärken“. Anstatt die massive Zunahme von Brandanschlägen und Übergriffen auf Unterkünfte und Asylsuchende aufs Schärfste zu verurteilen, dienen die Folgen der eigenen, jahrzehntelangen rassistischen Politik und deren mediale Aufbereitung als Begründung, um weitere Gesetzesverschärfungen zu legitimieren. So reichen sich politische und mediale Hetze, rassistische Bürgerinitiativen, rechte Strukturen, Brandanschläge und Gesetzesverschärfungen einmal mehr gegenseitig die Hand. Der erste Entwurf des nun verabschiedeten Gesetzes beinhaltete dementsprechend noch die generelle Unterstellung des Sozialhilfebetruges bei all denjenigen, deren Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt wurde und las sich wie das in Gesetzesform gegossene Programm von Pegida und Co.

Was den Inhalt des Gesetzes betrifft, so ist u.a. die Erweiterung der Gründe hervorzuheben, die in Zukunft die Inhaftierung von Asylsuchenden und damit ihre reibungslose Abschiebung möglich machen. Inhaftiert werden kann nun: wer bereits in einem anderen EU-Staat Asyl beantragt hat, wer unzutreffende Angaben über die eigene Identität gemacht oder Ausweisdokumente vernichtet hat, wer sich der Abschiebung entziehen möchte oder diesbezüglich Vorbereitungs-handlungen getroffen hat oder wer für die Einreise eine erhebliche Geldsumme an Fluchthelfer gezahlt hat, so dass „darauf geschlossen werden kann, dass er die Abschiebung verhindern wird, damit die Aufwendungen nicht vergeblich waren“. Zusammengefasst gibt es kaum Asylsuchende, auf die nicht einer dieser Gründe zutrifft. Das heißt, wer nicht zu den wenigen Privilegierten gehört, die es ohne inner-europäische Kontrollen in die BRD geschafft haben und noch dazu die Staatsangehörigkeit einer der Staaten besitzt, für die Asyl prinzipiell überhaupt erteilt wird, wird die gnadenlose Härte der bundesdeutschen Politik zu spüren bekommen. Dazu gehören auch die im Gesetz eingeführten, erweiterten Einreise- und Aufenthaltsverbote, die das Bundesamt Asylsuchenden auferlegen kann, deren Asylanträge als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt wurden. Ihnen droht neben der Abschiebung auch eine Einreisesperre. Und falls es Gründe gibt, die eine Ausreise unmöglich machen, versperren Aufenthaltsverbote den Weg in eine mögliche Aufenthaltserlaubnis was nichts anderes heißt, als Menschen im Duldungsstatus zu halten.

Die Liste lässt sich noch um einiges weiterführen: Ausreisegewahrsam, Vereinfachung der Ausweisung, legale Auswertung von Kommunikationsmitteln zur Identitätsklärung etc. Die wenigen Verbesserungen, wie das stichstagsunabhängige Bleiberecht, werden durch die zahlreichen Verschärfungen ausgehebelt und nur für wenige infrage kommen.

Worum es uns jedoch eigentlich geht

Während die Beratungsarbeit und die Verhältnisse uns dazu zwingen, immer wieder gegen die immer neuen rechtlichen Verschärfungen anzuschreiben, und um kleinste Verbesserungen zu ringen, geht es uns aber eigentlich um etwas ganz anderes. Denn die aktuellen Verschärfungen in der Migrationspolitik, das Diktat der Sparauflagen für Griechenland oder die neuerdings verabschiedeten Sicherheitsgesetze in Spanien, die faktisch jeden Protest kriminalisieren, machen eines mehr als deutlich: die herrschenden politischen und wirtschaftlichen Verantwortlichen werden ihre Macht und ihre Privilegien sowie deren erneute Erweiterung auf Kosten der Allgemeinheit durch die sogenannte neoliberale Agenda mit allen Mitteln verteidigen. Und sie werden zunehmend nur noch mit Druck, Repression und offener Gewalt auf die Folgen der von ihnen selbst verursachten weltweiten Krisen reagieren. Dabei zeigt sich an Griechenland einmal mehr, dass eine Alternative innerhalb des Systems zum Scheitern verurteilt ist. Auf Migrationspolitik angewandt, heißt das: Die Kontrolle oder Steuerung von Migration

beinhaltet immer die Entrechtung, Entwürdigung und Ermordung von Menschen. Wenn in Kategorien wie Nationalität, Staat und letztlich auch des Asylsystems gesprochen wird, dann bedeutet das nichts anderes, als die Entrechtung von Menschen zu legitimieren oder stillschweigend hinzunehmen. Es braucht also nicht bloß Willkommensinitiativen sondern eine politische Bewegung, die mit all ihrer Energie, Entschlossenheit und Kreativität nach einer Alternative zum Bestehenden sucht und dafür kämpft.

Ansonsten dient die Verbesserung der Atmosphäre im Rahmen der Willkommensinitiativen nur der Vertuschung der Verhältnisse.

Unser Kampf gegen die mörderische Migrationspolitik ist deshalb nicht zu denken, ohne die Suche nach einer konkreten Alternative und einem guten Leben für alle. Und wer behauptet, wir seien naiv oder linke Spinner_innen, dem sei entgegnet: Nicht der Gedanke einer Teilhabe aller muss sich rechtfertigen, sondern diejenigen, die ein System verteidigen, das jeden Tag offensichtlicher Menschen entwürdigt oder tötet. Auf unserer Suche nach Alternativen können wir von aktuellen Bewegungen wie der in Rojava/Nordsyrien lernen: Dort hat die Bevölkerung vor drei Jahren begonnen, sich zunehmend in Räten selbst zu organisieren und eine Gesellschaft auf der Basis von Solidarität und Gleichberechtigung aufzubauen. In ihrem Gesellschaftsvertrag ist festgehalten, dass keine Person gegen ihren Willen abgeschoben werden darf.

Flüchtlingsinitiative Bremen

Dokumentation:

bekennung zum sachscha den beim innensenat in bremen.

weit über 20.000 tote menschen die im mittelmeer auf ihrer flucht ertrunken sind, kilometerlange militärische hochsicherheitszäune, überfüllte sammellager, gezielte militarisierte abwehr von geflüchteten.

wir alle kennen diese bilder aus den medien. auf die durch die abschottungspolitik herbeigeführten schiffsunfälle folgen statements der politisch verantwortlichen, die vor geheuchelter betroffenheit nur so triefen. die mit stacheldraht bewehrten zäune, die militärische abwehr von menschen in not, - das ist insgesamt das verfolgte und gewünschte ziel der deutschen und europäischen asylpolitik gegenüber geflüchteten.

doch all dies spielt sich nicht nur an den grenzen und seewegen im süden und osten europas ab. auch inmitten deutschlands findet der krieg gegen geflüchtete statt. sei es die schikane der ausländerbehörden, die unzureichende versorgung, isolation, kriminalisierung, rassistische kontrollen der bullen und dem zoll. oder wie die aktuell vom bundestag verabschiedete verschärfung des deutschen asylrechts. was der staat hier nicht besorgt, erledigen an seiner stelle wütende bürger mobs mit hasstiraden und forderungen nach

noch mehr verschärfung und harten strafen. neonazis verüben mehr und mehr brandanschläge gegen asyl-einrichtungen.

der bremer innensenator und seine behörde tragen diese zustände und politik mit und setzen sie bereitwillig um.

wir haben deswegen in der nacht zum 18.7.2015 mit unseren bescheidenen mitteln mehrere 10.000 euro sachscha den an der landesinnenbehörde verursacht, über die sich innensenator mäurer so gerne als oberhaupt der bremer politik inszeniert. der angriff zielt ebenso auf ihn persönlich wie auf sein amt.

wir handeln nicht in der erwartung dass wir die herrschende politik stoppen könnten, sondern weil wir deutlich machen wollen, dass wir genau wissen wo die entscheidungsträger sitzen. seht darin eine kleine manifestation unseres hasses - gegen euer knäste, eure grenzen, eure bullen und eure scheiss autoritäten.

nehmen wir uns die nächte. und ihnen den schlaf.

autonome gruppen, 18.07.2015

Polizist: „Die Gewalt hat System“

Die gewaltsamen Übergriffe eines Bundespolizisten auf zwei Flüchtlinge in Hannover sind kein Einzelfall. Das behauptet ein Beamter der Polizeidirektion der Landeshauptstadt im Gespräch mit der HAZ. Vier seiner Kollegen und er hätten über Jahre hinweg Ausländer misshandelt.

Hannover. Schwarzafrikaner sollen geschlagen und mit Reizgas attackiert worden sein. Die Täter seien nicht zur Rechenschaft gezogen worden, weil sie sich gegenseitig geschützt hätten. Dies sei ein „System“ gewesen. Beamte sollen Festnahmeprotokolle gefälscht haben.

Die Polizeidirektion Hannover kennt den Fall nicht. Sie verweist auf ihre umfangreichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, in denen neben Deeskalationstraining auch die Rolle und das Selbstverständnis der Beamten thematisiert werden. „Ich erwarte von jeder Kollegin und jedem Kollegen die Courage, solche Vorfälle umgehend zu melden“, sagt Polizeipräsident Volker Kluwe.

„Wo das Herschelrecht gilt“

Die Stimme des Beamten Thomas S. (Name geändert) ist fest. Ruhig berichtet er von seinen Vergehen im Dienst. Mehrfache Körperverletzung, Bedrohung, Beleidigung, Vernichtung von Dokumenten – diese und weitere Straftaten hat er über Jahre hinweg gemeinsam mit Kollegen begangen, wie er sagt. „Heute tut mir das unendlich leid“, erklärt S.. Die Konsequenzen für seine Taten bekam er allerdings nicht zu spüren, weil die Vorfälle nicht bekannt wurden, da die Beamten alles geschickt vertuschten. Thomas S. ist bis heute Polizist in Hannover. Die jüngste Berichterstattung über den Fall des Bundespolizisten am hannoverschen Hauptbahnhof, der im Verdacht steht, zwei Flüchtlinge misshandelt zu haben, hat ihn dazu veranlasst, sich in der Öffentlichkeit zu äußern. „Im Fall der Bundespolizei heißt es jetzt, das sei ein bedauerlicher Einzelfall“, sagt S. „Das stimmt aber nicht. Das sind keine Einzelfälle, weder die rassistischen Sprüche, noch die Übergriffe.“ Nach Ansicht des Beamten gibt es eine Art System, durch das Verfehlungen von Polizisten im Dienst verdeckt werden können. S. spricht dabei aus Erfahrung. Er gibt an, selbst über Jahre hinweg Teil dieses Systems gewesen zu sein. „Es hat bis heute Bestand, daran hat sich nichts geändert“, sagt er.

Davon sind auch Organisationen überzeugt, die sich mit dem Thema Polizeigewalt befassen. „Die Umstände in Behörden begünstigen, dass Straftaten nicht ans Licht kommen“, sagt Maria Scharlau von Amnesty

International. Die Menschenrechtsorganisation hat im Jahr 2010 einen Bericht mit dem Titel „Mangelnde Aufklärung von mutmaßlichen Misshandlungen durch die Polizei in Deutschland“, veröffentlicht. In vielen Dienststellen seien bis heute immer die gleichen Teams eingesetzt. „Es entstehen sogenannte Gefahrengemeinschaften, in denen man sich auch mal etwas durchgehen lässt“, sagt Scharlau. Auch Thomas Wülpesahl von der Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizisten und früher selbst Polizist, spricht von einem falschen Korpsgeist.

„Es ist nicht die Ausnahme, dass Beamte im Dienst Straftaten begehen“, sagt er.

„Es ist die Ausnahme, wenn es bekannt wird.“

Der hannoversche Polizist Thomas S. hat bereits früh in seiner Laufbahn mit dem System Bekanntschaft gemacht. Nach der Ausbildung war er als Bereitschaftspolizist bei einem Fußballspiel in Celle eingesetzt, bei dem es zu Ausschreitungen kam. S. wurde Zeuge, wie während des Einsatzes ein völlig unbeteiligter 16-Jähriger von drei Kollegen zusammengeschlagen wurde. Der Jugendliche erstattete Strafanzeige. Als S. seine Zeugenaussage machen sollte und dabei die Namen der betroffenen Beamten nennen wollte, legte sein Vorgesetzter ihm einfach die richtigen Worte in den Mund. Obwohl S. mehrfach angab, er wisse die Namen der Verantwortlichen, landete im Protokoll, dass er die Polizisten wegen ihrer gleichen Schutzkleidung nicht erkennen konnte. Der Fall blieb ungesühnt. „Da wurde mir klar, wie das System funktioniert“, sagt S.



Wenige Jahre später versah der Beamte Dienst auf einem Revier in Hannover. Die Expo stand unmittelbar bevor. S. und seine Kollegen hatten es immer wieder mit schwarzafrikanischen Drogendealern zu tun, die wegen der Weltausstellung aus der Innenstadt vertrieben worden waren und deshalb in anderen Vierteln ihren illegalen Geschäften nachgingen. S. war

regelmäßig im Nachtdienst eingesetzt, gemeinsam mit drei weiteren Kollegen und einer Kollegin. Als sich die Beschwerden von Eltern über die Rauschgifthändler häuften, die meist auf Spielplätzen ihre Waren verkauften, und die Beamten das Gefühl hatten, die Justiz würde nicht hart genug gegen die Täter vorgehen, schritten die Beamten selbst zur Tat. „Wir beschlossen, dass wir die Dealer selber bestrafen“, sagt S.

Nach der Darstellung des Beamten begann alles mit kleineren Schikanen. Wurde ein mutmaßlicher Drogendealer zur Wache mitgenommen, soll es vorgekommen sein, dass jemand aus dem Nachtdienst den Ausweis des Verdächtigen zerstörte, um bei der nächsten Kontrolle erneut Handhabe gegen ihn zu haben.

„Später sind wir dann gezielt losgezogen, um ,Neger zu klatschen‘, wie wir das genannt haben“,

sagt S. Den Worten des Beamten zufolge bedeutete das, den Verdächtigen unter einem Vorwand auf die Wache zu bringen. „Auf dem Weg dorthin wurde er hart angefasst“, sagt der Polizist. Mit anderen Worten, er wurde geschubst, bekam einen Faustschlag oder einen Tritt ab. Um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, sollen die Verletzungen in den Protokollen „gerade geschrieben“ worden sein, wie die Beamten das nannten. Dort wurde dann vermerkt, der Verdächtige habe massiv Widerstand geleistet und sich dabei verletzt.

Die Gewaltbereitschaft der Beamten soll sich immer weiter gesteigert haben. In einem Fall sollen sie während Reizgas über die Lüftung in eine Gewahrsamszelle gesprüht haben, in der sich ein Verdächtiger befand. Einen Metallschrank soll die Gruppe genutzt haben, um Festgenommene zu drangsalieren. „Wir haben Verdächtige eingesperrt und dann von Außen dagegen getreten oder den Schrank ganz umgeworfen“, sagt S. In der Wache gab es regulär drei Gewahrsamszellen. Im Sprachgebrauch der Beamten hieß der Schrank nur „Zelle 4“. Um Tatverdächtige besonders zu schikanieren, sollen Mitglieder der Gruppe ihnen Schuhe, Strümpfe und Jacken abgenommen haben. Anschließend sollen die Polizisten die Betroffenen zum Bockmerholz, einem Waldgebiet am Kronsberg gefahren, sie dort aus dem Fahrzeug geworfen und anschließend ihrem Schicksal überlassen haben. „Dabei waren uns die Außentemperaturen vollkommen egal“, sagt S.



Der Polizist ist sich sicher, dass seine Taten im Kollegenkreis keine Einzelfälle sind. Darauf deuten auch Aussagen von Personen hin, die nach einer Festnahme in die Dienststelle an der Herschelstraße kamen. Dort soll es immer wieder zu Übergriffen kommen. „Jeder Polizist lernt in seiner Ausbildung den Grundsatz ‚Bundesrecht bricht Landesrecht‘“, sagt S.

„Wer eine Zeit lang Dienst in Hannover gemacht hat, kennt auch die Regel ‚Herschelrecht bricht Bundesrecht‘.“

Thomas S. zog nach etwa drei Jahren die Reißleine. Der Beamte konnte sein und das Verhalten seiner Kollegen nicht mehr länger ertragen, wie er sagt. Den Mut, seinen Vorgesetzten den wahren Grund für seinen Wechsel in den Tagesdienst zu nennen, brachte er nicht auf. Stattdessen ließ er sich von einem Arzt ein Attest

ausstellen, das ihn aus dem Nachtdienst befreite. „Damit war ich raus aus der Gruppe – für mich war das die einzige Möglichkeit“, sagt er. Zwei der Kollegen von damals sollen heute auch noch im Dienst der Polizeidirektion Hannover sein. Der dritte Beamte ist inzwischen in Pension. „Was aus der Frau geworden ist, kann ich nicht sagen“, sagt der Beamte. Kommt heutzutage im Freundeskreis die Sprache auf mutmaßliche Verfehlungen von Polizisten, versucht er, sich aus dem Gespräch heraus zu halten: „Werde ich direkt auf einen Vorfall angesprochen, sage ich, dass es sich dabei sicher nur um einen Einzelfall handelt.“

Tobias Morchner und Jörn Kiebler (HAZ)

Wasserschaden beim BND Eine Million Euro Sachschaden

Vor einem halben Jahr montierten Unbekannte im geheimsten Bauprojekt der Republik fünf Wasserhähne ab. Jetzt ist klar: Das wird teuer.

Wer hinter der Sabotageaktion steckt, ist nach wie vor unklar.

BERLIN Beim Wassereintrich im Berliner Neubau des Bundesnachrichtendienstes (BND) vor einem halben Jahr ist ein Schaden in Höhe von etwa einer Million Euro entstanden. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur in Berlin gehen die Experten von einer Sabotageaktion aus. Verdächtige konnten demnach bisher aber nicht ermittelt werden, hieß es bei der Polizei. Zunächst war auch ein staatsfeindlicher Hintergrund nicht ausgeschlossen worden.

Inzwischen liegt der Fall bei der Staatsanwaltschaft. Unbekannte hatten in der Nacht vom 2. auf den 3. März in Putzräumen fünf Wasserhähne im vierten

bis sechsten Stockwerk des Neubaus abmontiert. Daraufhin hatten sich Tausende Liter Wasser in das Gebäude ergossen.

Als Konsequenz aus den Schäden und den damals notwendigen Trocknungs- und Renovierungsarbeiten rechnen die Verantwortlichen mit einem Zeitverzug im Bauablauf von etwa vier Wochen. Der zentrale Sicherheitsbereich des Komplexes in Berlins Mitte war von dem Vorfall im März nicht betroffen. Der Schaden entstand im Hauptgebäude und Teilen des vorgelagerten Eingangsbereichs. Dort sind Büroräume der BND-Mitarbeiter und Besprechungsräume untergebracht. Teils stand das Wasser damals zentimeterhoch auf den Parkettböden im Besprechungsbereich. Eine Decke brach teilweise ein, nachdem das Wasser die Rigipsverkleidung durchweicht hatte. Die elektrische Anlage war nicht betroffen, ebenso wenig Räume für Computerserver.

Bilanz über einen Monat kriegerische Auseinandersetzungen

Über die intensiven Welle von Verhaftungen, Angriffen, Folter, Mord und Exekutionen im Zeitraum vom 21. Juli bis zum 28. August 2015 veröffentlichte der Menschenrechtsverein (IHD) eine bisherige Bilanz der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Türkei und Nordkurdistan.

Laut dem Bericht wurden in den letzten 38 Tagen, während 144 Großveranstaltungen und Demonstrationen, 2544 Menschen, darunter 11 Kinder/Jugendliche und 5 ausländische JournalistInnen/ BeobachterInnen, von türkischen Sicherheitskräften festgenommen. 338 Menschen, davon 10 Kinder/Jugendliche, befinden sich weiterhin in Haft. Laut dem Report wurden von den tausenden Verhafteten nur 158 wegen Mitgliedschaft im IS (Islamischen Staat) oder einer Parallelstruktur dessen angeklagt, wohin gegen der Rest beschuldigt wird, Mitglied in KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans), PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) oder anderer linker Organisationen zu sein. Der Bericht bestätigt neben Folter und Misshandlungen, dem die Gefangenen ausgesetzt waren, dass 198 AktivistInnen mit schweren Verletzungen inhaftiert wurden.

Friedensdemonstrationen in Istanbul und Amed (Diyarbakır) sowie das Fest in Dihê (Eruh) in der Provinz Sêrt (Siirt) wurden verboten. Beim Eingreifen in Großveranstaltungen und Demonstrationen und Angriffen während Operationen wurden 130 Menschen, darunter 12 Kinder; verletzt. Die Zahl der Verletzten liegt wahrscheinlich höher, da viele nicht die Möglichkeit haben ins Krankenhaus zu gehen. In Konya griffen IS-Mitglieder einen Protestzug zum Gedenken an das Massaker von Pirsûs (Suruç) sowie Häuser und Autos an.

Bei Gefechten zwischen türkischer Armee/Polizei und der HPG (Volksverteidigungskräfte) wurden 166 Soldaten/ Polizisten verletzt und 92 Soldaten und Polizisten, ein Dorfschützer und 38 Guerillas verloren ihr Leben. Durch diese Auseinandersetzungen starb ein Zivilist und 34 andere wurden verletzt. Türkische Sicherheitskräfte töteten abseits von Gefechten 47 ZivilistInnen.



Laut dem Bilanzpapier wurden 2 Polizisten in ihren Häusern in Riha (Urfa) und ein Polizeikommandeur aus Mûş getötet. Guerillas verhafteten 24 Personen, darunter 2 Polizisten, einen Soldaten, ein Mitglied der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) Generalversammlung, 11 Angestellte der Zollstelle Heretil (Kapiköy) im Bezirk Wan (Van), von denen einer später freigelassen wurde, 3 Angestellte des

Gesundheitswesens in Erzîrom (Erzurum), von denen alle später wieder entlassen wurden, 10 Angestellte der Zollstelle Cîmîn (Üzümlü) in Colemêrg (Hakkari) und 45 Arbeiter von 3 Baustellen, die alle wieder freigelassen wurden.

Über hundert Gebiete und viele Städte in der kurdischen Region wurden auf Anweisung des Ministerates und der Gouverneure zu „Sicherheitszonen“ erklärt.

30.08.2015

ANF - Firatnews - www.firatnews.com

Übersetzung: ISKU - Informationsstelle Kurdistan
www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/

Solidarität mit Rojava

Besetzung der SPD-Zentrale in München

Anlässlich der Anschläge in der nordkurdischen Stadt Suruc besetzten Jugendliche die Münchner SPD-Zentrale und fordern ein Gespräch mit Bundestagsabgeordneten Claudia Tausend und Florian Post.

Am Morgen des 20.07.2015 hatte ein Terroranschlag in Suruc mehr als 30 Menschen, zum Großteil Jugendlichen, das Leben gekostet. Sie alle waren in das Grenzgebiet gereist, um den Wiederaufbau in Kobane zu unterstützen. Was derzeit im Grenzgebiet zwischen Syrien und der Türkei geschieht ist nicht nur eine humanitäre Katastrophe, sondern ein Angriff auf jegliche Form der Emanzipation und des Friedensprozesses in der Region. Mitverantwortlich für

diese Grausamkeiten sind auch diejenigen, die die rückschrittliche Politik der AKP-Regierung in Ankara unterstützen. Mitverantwortlich für diese Grausamkeiten sind auch diejenigen, die nach wie vor nicht für die Öffnung eines humanitären Hilfskorridors eintreten und die türkische Regierung nicht unter Druck setzen. Die Aktivist*innen fordern daher von der SPD und der Bundesregierung eine entschiedene Haltung gegen das Vorgehen der türkischen Regierung, den Stopp aller Waffenexporte an die Terroristen des sogenannten islamischen Staates und deren Unterstützer*innen sowie die Aufhebung des PKK-Verbotes.

Bündnis Münchner Solidarität mit Rojava
21. Juli 2015

„Wir betreiben keine Politik, die einseitig im Interesse einer Nation steht“

Interview mit Muzaffer Ayata, Mitglied im Exekutivrat der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans), über das Ende des „Friedens“-Prozesses in der Türkei, über die erneut aufgenommenen kriegerischen Auseinandersetzungen und über Aspekte des Kampfes der kurdischen Freiheitsbewegung für die demokratische Autonomie.

In den letzten zwei Jahren gab es die Friedensgespräche und -verhandlungen. Wie sahen die aus und weshalb sind sie gescheitert?

Im Wesentlichen wurde der Prozess mit der Regierung geführt. Die Opposition konnte sich der Verhandlungen nicht annehmen. Die MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) ist eine rassistische Partei und gegen jede Annäherung. Sie ist für einen Vernichtungskrieg. Die CHP (Republikanische Volkspartei) hat es nicht geschafft, sich vom starken Einfluss des kemalistisch-nationalistischen Flügels zu befreien, und somit keinen demokratischen oder sozialdemokratischen Kurs eingeschlagen. Die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) ist seit dreizehn Jahren allein an der Regierung. Ihre Ideologie ist an eine türkisch-islamische Synthese angelehnt, in Wirklichkeit aber nationalistisch und etatistisch. Umso mehr sie den Staat okkupierte, umso weiter entfernte sie sich von der Demokratie und dem Bestreben, eine neue Verfassung zu formulieren, welche die 1982er Verfassung der Putschisten ersetzt.

Als die kurdische Frage ein großes und alles bestimmendes Problem in der Türkei wurde, scheiterten die Regierungen von Turgut Özal, Tansu Çiller, Mesut Yılmaz, Bülent Ecevit. Sie gingen an den Kriegsbedingungen zugrunde, ihre Parteien haben sich nach und nach aufgelöst, sind heute nicht mehr existent. In diesem Vakuum bildete sich die AKP. Anfangs hatte sie die Unterstützung der Europäischen Union und vieler anderer. Sie sagten, sie wollten in die EU eintreten und würden Reformen in die Wege leiten. Als sie ankündigten, die kurdische Frage lösen zu wollen, hat die kurdische Seite ihre Verantwortung gesehen und war nicht abgeneigt. In der Öffentlichkeit war dieses Thema in den letzten zwei Jahren viel präsenter, weil die AKP offiziell erklärt hatte, mit der PKK und deren Vorsitzenden Abdullah Öcalan im Dialog zu stehen. Von der Öffentlichkeit hat dieser Prozess zunehmend positive Reaktionen erfahren, zum ersten Mal gab es in der Türkei keine militärischen Zusammenstöße und eine Friedensphase, was der Bevölkerung zugutekam. Die will auch keinen Krieg mehr, sie hat ihn satt und ist kriegsmüde.

Die Türkei hat mit Bombardements, Folter, Massakern, Dorfverbrennungen, Vertreibung nichts erreicht. Die

Kurden haben Widerstand geleistet. Die Bevölkerung sagte, wenn das Problem durch Gespräche mit dem PKK-Vorsitzenden zu lösen ist und keine Särge mehr nach Hause kommen, dann habt ihr unseren Segen. Sie gab der Regierung sozusagen Vertrauensvorschuss. Die kurdische Bevölkerung wollte sowieso Frieden; es war einfacher, sie zu überzeugen. Denn sie war ein Teil des Konflikts, sie musste viel Leid erfahren und hatte viele Opfer zu beklagen. Die Führung der kurdischen Bewegung näherte sich der Phase auch positiv an. Und als das Gesamtbild abzusehen war, entstand zum ersten Mal ein gesundes und objektives Umfeld für Frieden und Dialog.

Aber in dieser Situation kam keine ausreichende Unterstützung von außen. EU und USA hatten sich positiv zur Friedensphase geäußert, doch dem folgten keine Taten. Diese Gespräche, das Ende der Zusammenstöße und der Frieden fanden keine gesunde Stütze auf internationaler Ebene. Es gab keine Vermittler oder internationale Beobachtungsdelegationen, die diese Phase hätten unterstützen können. Und die Türkei – also, die war immer gegen eine Begleitung oder gar eine Aufsicht des Prozesses durch Dritte. Das haben wir von Anfang an als Risiko und Gefahr gesehen, sozusagen als die Schwäche des Prozesses. Die Türkei hatte zuletzt vor der Wahl der Gründung einer Beobachterdelegation zugestimmt. Und in diesem Rahmen legte unser Vorsitzender Öcalan ein Zehnpunktekonzept zur Veränderung und Demokratisierung der Türkei vor. Die Regierung hat das Konzept anfangs akzeptiert und vom Dolmabahçe-Palast aus wurde es durch Delegierte der HDP (Demokratische Partei der Völker) und der Regierung der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach der Bildung einer Beobachterdelegation, die sich mit Öcalan getroffen und den Beginn der Gespräche beaufsichtigt hätte, hätte die PKK aufgerufen werden sollen, die Waffen nicht mehr gegen die Türkei einzusetzen. Und die PKK hätte auf einem Kongress beschlossen, den bewaffneten Widerstand gegen die Türkei einzustellen.

Nach der Erklärung von Dolmabahçe äußerte Erdogan, dieses Konzept nicht zu akzeptieren, es sei falsch und unnötig. Was denken Sie, weshalb?

Das war während des Waffenstillstands die kritischste oder auch tragischste Phase, denn sowohl in der Türkei, in Kurdistan, dem Mittleren Osten als



auch weltweit hat jeder auf den Frieden geschaut, als wäre der mit Händen zu greifen, wenn man nur die Arme ausgestreckt hätte. Als eine Stabilisierung und erste Erfolge zu erkennen waren, erklärte Erdogan, Öcalan nicht legitimieren zu wollen, es gäbe keine Kurdenfrage, und die Beobachtungsdelegation und die Dolmabahçe-Erklärung und die ganze Phase seien falsch und nichtig. Er hat somit dem Prozess den Todesstoß versetzt und dadurch alles beendet. Er war zu der Zeit Präsident und seine Partei, die AKP, an der Regierung. Letztere hatte die Gespräche geführt und trug die Verantwortung, sie hatte der Beobachtungsdelegation zugestimmt und es wurden auch schon Namen gehandelt. Aber Erdogan konnte diese Regierung nicht standhalten, musste sich ihm so beugen und nach ihm richten. Auf diese Weise wurde die Friedensphase beendet, und zwar damals und nicht jetzt, wo die Gefechte stattfinden. Der Frieden wurde damals offiziell beendet, doch real ist der Krieg erst mit der Zerstörung, Verbrennung und Bombardierung Kurdistans geworden.

Aber Erdogan sagt, die PKK sollte sich zurückziehen, habe dies aber nicht getan. Sie würde alles verzögern und tun, was sie wollte. Das sei der Grund für das Ende des Friedens.

Das ist eine simple Lüge. Die Europäer z. B. während der Konflikte im Baskenland, in Irland oder anderer bewaffneter Konflikte, wie hätten sie denn ohne Abmachungen, ohne Einleitung eines ernsthaften Annäherungsprozesses und vertrauensbildende Maßnahmen und insgesamt einen bestimmten Fortschritt ihre Waffen niederlegen können?

Denn die Waffen wurden ja nicht erst gestern in die Hand genommen, sie sind ein Bestandteil dieses schweren Konfliktes. Wenn dieser schwere Konflikt, der auch ein geschichtlicher und gesellschaftlicher Konflikt ist, nicht entspannt wird, wenn also kein Vertrauen aufgebaut wird und weder verfassungsmäßige noch internationale Rechte verankert werden, wie sollten denn die beiden Seiten das akzeptieren? Warum hat die Türkei z. B. die Verfassung nicht geändert? Die PKK hatte den Rückzug beschlossen und in die Tat umgesetzt, viele Guerillakämpfer waren aus der Türkei abgezogen. Damit sollte die Verfassung geändert werden, so war die Abmachung. Aber Monate waren vergangen, trotz Guerillarückzugs bewegte sich die türkische Seite überhaupt nicht. Sie verhielt sich, als gäbe es ein solches Abkommen nicht. Als Reaktion darauf stoppte die Führung von PKK und KCK den Rückzug. Die PKK hatte zuvor die Öffentlichkeit gewarnt, wenn ein Waffenstillstand eingegangen wird, dann werden die Positionen der beiden Parteien gehalten oder es gibt einen gewissen Rückzug zur Entspannung der Situation. Aber die Türkei hat ständig genau das Gegenteil davon getan. Für militärische und Kriegszwecke wurden überall Militärstützpunkte gebaut, besonders gesicherte. Es wurden Staudämme gebaut, Straßen fürs Militär, kurdische Regionen

überflutet, um die Guerilla einzukreisen, damit sie keine Bewegungsfreiheit mehr hat. Das sind militärische Vorbereitungen. Trotz allem hat die PKK am Rückzug festgehalten, ihn vorangetrieben und sich an die Abmachungen gehalten. Niemand kann behaupten, dass von der PKK während der Friedensphase militärische Angriffe ausgegangen seien. So etwas gab es nicht. Die PKK hat viele Jahre gekämpft. Der Konflikt hat den Punkt erreicht, an dem er gelöst werden muss. Er ist reif für eine Lösung, aber militärisch geht es nicht.

In der Türkei gab es die Parlamentswahl und die Wahlkampfphase. Die HDP erzielte mehr als zehn Prozent der Stimmen. Wie bewerten Sie das?

Das ist auch einer der Gründe, weshalb die Friedensphase beendet wurde. Bei den vorigen Wahlen hatte Erdogan die PKK jedes Mal um einen taktischen Waffenstillstand fast schon angefleht. Weil in unruhigen Zeiten keine vernünftige Wahl abgehalten werden kann, wodurch sie dann ihre Macht behalten könnten. Bei der jüngsten Wahl, nach der Dolmabahçe-Erklärung, führte die Regierung Umfragen durch, wonach abzusehen war, dass die AKP einen wichtigen Teil ihrer Stimmen verlieren würde. Die AKP war zermürbt, sie konnte ihre Versprechen nicht mehr halten, zunehmend entfernte sie sich von der Demokratie, wurde autoritärer. Nach der Wahl Erdogans zum Präsidenten beharrte er verstärkt auf einem Präsidialsystem, er forderte es von der Bevölkerung. Er wollte wie früher Regierung und Staat selbst lenken.

Und als er sah, dass die AKP Stimmen verliert, begann er eine Kampagne, damit die HDP unter der Zehnprozenthürde bleibt. Die AKP trat zur Wahl an und führte den Wahlkampf als Partei und Erdogan, als Präsident, zog ebenfalls wie eine Partei in den Wahlkampf. Öffentlich sagten sie, die HDP müsse unter der Zehnprozenthürde bleiben. Diese Hürde ist ohnehin undemokratisch, nirgends existiert eine solche. Und die HDP und ihre Vorgängerparteien waren sowieso schon, um nicht an der Hürde zu scheitern, mit unabhängigen Kandidaten angetreten. Aber dieser Zustand musste geändert werden, eine Ausnahme war in der Türkei zur Regel geworden.

Die HDP berücksichtigte die ganze Bevölkerung der Türkei, also die demokratischen Kräfte, die Arbeiter, die Aleviten und alle anderen Minderheiten. Mit einem wirklichen demokratischen Programm. Mit einem wirklichen Projekt, das alle Gesellschaften der Türkei mit einschließt.

Mit dem Bekanntwerden des Ganzen stand die AKP unter Druck. Und sie begann, die HDP anzugreifen. Trotz all dieser Angriffe erhielt die HDP 13 Prozent der Stimmen, ein Riesenerfolg. Das konnten sie nicht ertragen. Heute bombardieren die türkischen Flugzeuge die Berge Kurdistans, aber die wirklich tragischen Angriffe muss die HDP ertragen. Stellen wir uns einmal vor, unter einer Militärregierung werden an einem Tag 500, gar 1000 Menschen verhaftet.

Aber die Türkei hat in ein, zwei Tagen mehr als 1300 HDP-Mitglieder, die Führung und Mitarbeiter verhaftet. Terrorisieren, verhaften, kriminalisieren, unter Druck setzen und die Menschen nicht mehr arbeiten lassen, so versuchen sie die HDP zu zermürben, sie ohne Menschen dastehen zu lassen. Das allein zeigt schon, dass die AKP und Erdogan keinen echten Frieden, keine echte Demokratie auf ihrer Agenda haben.

Davor hatten sie die PYD (Partei der Demokratischen Einheit) bedroht und nach dem Fall von Girê Spî (Tall Abyad) bekundete Erdogan erneut, keine kurdischen Kantone und Regierungen zu dulden und sie, koste es was es wolle, zu verhindern. Die Welt weiß, dass tausende Kämpfer von DAIŞ [aus dem Arabischen übernommene Abkürzung für den Islamischen Staat (IS)] über die Türkei in die Kampfgebiete ziehen und die Türkei als sicheres Rückzugsgebiet nutzen, um unter anderem auch ihre Kämpfer zu behandeln. Sie konnten dort ungehindert agieren, sich versammeln und organisieren. Es entstand ein DAIŞ in der Türkei neben dem in Irak und Syrien. Die Sprengstoffanschläge, z. B. im Wahlkampf in Amed (Diyarbakır) oder zuletzt in Pîrsûs (Suruç), als mehr als dreißig Menschen ermordet wurden, das alles kam nicht aus dem Nichts. Als die Türkei einerseits im Norden den Friedensprozess führte, unterstützte sie DAIŞ finanziell, militärisch, mit Ausrüstung, ließ sie sich organisieren und in Rojava gegen die Kurden kämpfen. Tausende Kurden wurden so verletzt und umgebracht, mussten ihre Dörfer verlassen und DAIŞ zerstörte alles, was übrig blieb. Aber als DAIŞ zurückgedrängt wurde und Verluste einstecken musste und die USA mit der internationalen Koalition und in Zusammenarbeit mit YPG und YPJ (Volksverteidigungs- und Frauenverteidigungseinheiten) DAIŞ angriff, störte das die Türkei. Die Türkei hatte immer wieder gemahnt, die PYD sei schlimmer als DAIŞ; hier geht es um Hass auf Kurden.

Auf einem kleinen Territorium in Syrien wollen einige wenige Millionen Kurden eine Selbstverwaltung aufbauen, in den Gebieten, in denen sie bereits leben. Das hat DAIŞ nicht gefallen und deshalb haben sie angegriffen. Warum sollten sie das denn tun? Aus welchem Grund? Wenn sie einen islamischen Staat gründen wollen, dann wäre es sinnvoller, sie gingen nach Bagdad oder nach Damaskus. Aber sie sind nach Rojava gekommen und haben es angegriffen. Das ist mit Sicherheit ein Projekt der Türkei. Deren Zusammenarbeit mit DAIŞ hat die ganze Welt mitbekommen. Dokumente, die das belegen, wurden veröffentlicht. Und jetzt, wo sie gezwungen ist, gegen DAIŞ zu kämpfen, positionierte sie sich kurz gegen DAIŞ und versteifte sich tatsächlich aber auf die PKK. Die PKK sei gefährlicher, und viel zahlreicher. Indem sie die PKK angreift, ermöglicht sie DAIŞ aufzuatmen. Sie geht über zur aktivsten Unterstützung für DAIŞ, denn indem sie die PKK angreift, verdrängt sie DAIŞ aus der öffentlichen Wahrnehmung. Dadurch können die viel besser agieren und sich erholen.

In Rojava gab es Fortschritte für die Kurden, die Wahlen in der Türkei waren für sie ebenfalls ein großer Erfolg und natürlich hatte die kurdische Bewegung während der Friedensphase einen Riesenerfolg zu verzeichnen. Sie sagen, die Türkei zerstört alles. Was wird die Antwort der PKK darauf sein?

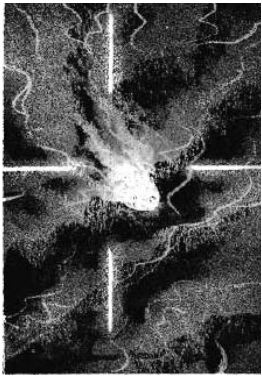
Die westliche und vor allem die europäische Öffentlichkeit müssen sich fragen, was eigentlich Terrorismus ist. Das hat DAIŞ hinreichend gezeigt meiner Meinung nach.

Die PKK hat auf ihrem Boden für das Recht ihres Volkes gekämpft. Es gab keine Angriffe auf irgendwelche Staaten, internationales Recht wurde nicht verletzt. Aber die Türkei hat ihren Einfluss aufgrund ihrer NATO-Mitgliedschaft ausgenutzt und dadurch die PKK zur Terrororganisation erklärt, und darauf gestützt konnte sie ein Bündnis mit DAIŞ eingehen, die Feinde aller menschlichen Werte sind und die Geschichte der Menschheit zerstören. Läge die Türkei nicht im Mittleren Osten, hätte sich DAIŞ nicht derart entwickeln können und nicht diese Stärke erlangt, das ist kein Geheimnis. Die Türkei ist in dieser Frage schuldig. In dieser Situation müssen die westliche Öffentlichkeit und besonders die Demokratiekräfte dort auf die richtige Art und Weise mit der Türkei sprechen. Sie müssen mit den Kurden ernsthafte Beziehungen aufbauen. Wir stehlen nicht die Freiheit eines Menschen oder eines Volkes, wir tun das genaue Gegenteil. Wir wollen einen Mittleren Osten, der frei und demokratisch ist, der föderal ist.

Die Türkei greift das an, mit Raketen, mit Einschüchterungsversuchen. Sie haben es sehr oft versucht. Die PKK ist fest verwurzelt in den Bergen Kurdistans, sie leistet seit dreißig, vierzig Jahren Widerstand. Die Drohungen der Türkei können sie nicht einschüchtern. Ihre kämpferischen Fähigkeiten und Möglichkeiten und das Gebiet, in dem sie sich bewegen kann, sind größer als je zuvor. Die Türkei hat den Krieg allein begonnen, aber den Krieg kannst du nicht einseitig beenden. Von nun an hängt der Verlauf des Krieges von der Haltung und den Fähigkeiten der PKK ab. Wir wollten keinen Krieg. Die Menschen sollten nicht von Neuem sterben, sie sollen miteinander reden, miteinander diskutieren können. Heute haben wir eine achtzigköpfige HDP-Fraktion im Parlament, die sollten eine neue Verfassung in Kraft setzen. Sie sollten sich für Frieden und Demokratie verantwortlich fühlen. Die PKK hat das mit allen Mitteln unterstützt. Aber die AKP antwortet weiter wie bisher mit Krieg und Mord. Neben allem bereits Genannten führt sie auch einen Medienkrieg. Sie hat ein großes Medienimperium aufgebaut und nutzt die staatlichen Fernsehkanäle und führt einen unerbittlichen Medienkrieg gegen uns, viel intensiver als die Luftschläge. Die Bevölkerung wird gegeneinander aufgehetzt, eine Flut von Falschmeldungen hindert die Menschen daran, richtige In-



formationen zu erhalten. Medienunternehmen werden bedroht, viele von ihnen trauen sich keinen objektiven Journalismus mehr, sie können nicht einmal Nachrichten veröffentlichen. Eine solche düstere Türkei wurde geschaffen.



Aber wir werden das alles überwinden. Dieses Volk und diese Bewegung werden Widerstand leisten. Genauso wie all die anderen Parteien in der Bedeutungslosigkeit versunken sind, wird auch die AKP von diesem Schicksal ereilt werden. Alle Spielchen Erdogans haben die Türkei in ein solches Chaos geführt. In diesem Chaos werden sie Neuwahlen anstreben

und sollte die AKP nicht erneut die absolute Mehrheit im Parlament erreichen, dann wird Erdogan nicht mehr so viel Einfluss auf die Regierung haben. Deshalb haben sie den Krieg angefangen, um zu sagen, dass die Türkei in einem solchen Chaos nicht von einer Koalition regiert werden könne, um ein paar mehr Prozente Stimmanteil zu bekommen und anschließend die Regierung allein zu stellen. Erdogan strebt erneut die absolute Mehrheit an, indem er die Bevölkerung zwingt, ihr Blut zu vergießen, indem er einen Krieg führt. Sie versuchen es nicht durch Demokratie. Sie wollen durch ein Komplott an die Macht kommen. Die Wahl am 7. Juli hatte ein Ergebnis, nach dem eine Regierung zu bilden war. Aber Erdogan hat, indem er den Krieg begonnen hat, dieses Ergebnis für nichtig erklärt. Er sagt, Neuwahlen seien unumgänglich. Die Wahl war ein Riesenaufwand, überschattet von sehr viel Gewalt. Und nur möglich durch einen monatelangen Wahlkampf.

Bisher hat sich Erdogan immer auf den Willen der Bevölkerung berufen. Aber jetzt, wo die AKP nicht mehr allein regieren kann, zählt dieses Argument nicht mehr. Seine Reaktion darauf ist Krieg. AKP und DAIŞ ähneln sich in ihrer Weltanschauung sehr. Nur weil sich die AKP einen bereits existierenden Staat einverleiben konnte, muss sie nicht auf dieselbe Art und Weise Gewalt einsetzen wie DAIŞ.

In den letzten zwei Wochen finden wieder verstärkte Gefechte statt, in Südkurdistan werden die Meder-Verteidigungsgebiete bombardiert. Können Sie uns sagen, welche Auswirkungen das hatte?

Die Natur wurde zerstört, viele Wälder brennen, sowohl in Süd- als auch in Nordkurdistan. Die Bombardierungen finden unkontrolliert, ohne Regel statt, große Gebiete werden bombardiert. Und sie verkünden dann, die PKK hätte keine Rückzugsgebiete mehr, ihre Unterkünfte und alles Mögliche seien zerstört. Es gibt für diese Bombardierungen kein Recht, weder ein nationales noch ein internationales, niemanden, der es kontrolliert, und keinen, der fragt. Sie lassen ihre Flieger aufsteigen und zerstören alles.

Zuletzt haben sie im Dorf Zergelê acht Zivilisten getötet. Obwohl sie genau wissen, dass dort ein Dorf ist, bombardieren sie es. Fünf Wohnhäuser wurden dem Erdboden gleichgemacht. Dass dies kein militärisches Ziel und kein militärisches Gebiet ist, wissen wir alle. Wer kann das denn nicht wissen? Es war die Mitte des Dorfes. Diesem Massaker fielen Zivilisten zum Opfer. Die Guerilla hat große Kriegserfahrung, sie weiß, wie sie sich zu verhalten hat, wenn Kampfjets mit ihren Raketen kommen. Wir haben insgesamt weniger als fünf Personen, die ihr Leben lassen mussten durch diese Bombardierungen. Militärisch werden sie damit keine Erfolge erzielen. Sollte die Guerilla sich einmal in Bewegung setzen und sich mit all ihren Kapazitäten am Kampf beteiligen, dann wird die Türkei keinen Schritt tun können. Es ist bereits bekannt, die türkischen Soldaten können nicht auf dem Boden kämpfen. Es gibt auch kein Militär, das vom Sieg überzeugt ist. Die Türkei hat in der Vergangenheit bereits alles versucht. Sie haben militärisch nur einen Vorteil, und zwar in der Luft. In Verbindung mit dem medialen Krieg versuchen sie, einen psychologischen Vorteil zu schaffen, indem sie alle bedrohen und auf Linie zu bringen versuchen. Im Grunde geht es nur darum, den Staat wieder unter Kontrolle zu bekommen. Das türkische Militär ist nur ein Werkzeug für die eigentlichen Ziele, und das Militär hat keine eigene Haltung, es ist schwach.

Sie sagen, in dieser Situation hat sich die Guerilla noch nicht wirklich in Bewegung gesetzt. Meinen Sie, der Krieg wird ausgeweitet?

Der Krieg hat sich bereits ausgebreitet, er ist bis nach Zergelê, bis nach Kandil ist er schon gekommen. Kandil ist mehr als 300 km von der türkischen Grenze entfernt. Der Krieg wird auch bereits in Rojava ausgetragen. Mischt sich die Türkei denn nicht bei den Angriffen auf Rojava mit ein? Wäre es möglich, dass DAIŞ sich so lange auf den Beinen halten und sich stärken kann ohne die Unterstützung der Türkei? Welches Land musste denn die ganzen Kader des Islamischen Staates die Grenze überqueren lassen, damit sie in die Kriegsgebiete gelangen konnten? Von überall her wurden Kämpfer angeworben und nach Syrien geschickt. Über welches Land gelangten sie denn nach Syrien? Über die Türkei natürlich.

Einige DAIŞ-Kämpfer sind während der Kämpfe in die Türkei geflohen und haben sich dort ergeben. Warum sind sie in die Türkei? Weil sie sich dort wohlfühlen, es ist ein sicheres Land für sie. Was mussten denn die Dschihadisten in der Türkei über sich ergehen lassen, nachdem sie sich ergeben hatten? Nichts mussten sie, weil es für sie kein Gefängnis gibt.

Sie haben von Rojava gesprochen. Wie sieht die Situation dort aus? Können Sie uns etwas dazu sagen?

Die Kräfte in Rojava haben ihre eigene Planung. In dem Rahmen leisten die Kräfte der PYD gemeinsam mit YPG und YPJ Widerstand. Rojava hat einen

starken Einfluss auf die Opposition im Rest des Landes. Mit vielen demokratisch-oppositionellen Gruppen agiert die PYD gemeinsam. Sie ist bestrebt, eine syrische Front mit demokratischen arabischen Kräften aufzubauen, damit ganz Syrien demokratisiert wird. Die Probleme in Syrien sind nicht allein durch die Kurden zu lösen. Es bedarf breiter demokratischer Bündnisse und Gruppen in Syrien. Die Türkei hat bis jetzt immer versucht, dies zu verhindern. Ihr Bestreben lag darin, arabische Gruppen zu kontrollieren und die Kurden auszugrenzen, gleichzeitig aber auch DAIŞ gegen alle kämpfen zu lassen. Sie engagierte sich dafür, dass DAIŞ und Al-Nusra große Gebiete kontrollieren konnten. Die PYD und ihre Verbündeten können jetzt weit effektiver und auf breiter Front dagegen ankämpfen. Die Weltöffentlichkeit akzeptiert sie, sie haben eine solche Legitimation. Diese wird sich hoffentlich weiter ausweiten.

Wie sieht die Situation in Südkurdistan aus? Eine Zeit lang gab es Bestrebungen, einen kurdischen Nationalkongress ins Leben zu rufen. Gibt es sie immer noch?

Diese Bestrebungen bestehen weiterhin. Für die Kurden gab es zum ersten Mal sowohl im Mittleren Osten als auch international eine solche positiv gestimmte Atmosphäre. Alle kurdischen Kräfte waren dafür, alle Freunde Kurdistans ebenfalls. Der Wunsch war, eine gemeinsame Vertretung nach außen zu schaffen, eine gemeinsame Armee und, am allerwichtigsten, einen gemeinsamen Willen. Aber leider hat das die PDK (Demokratische Partei Kurdistans) verhindert. Der Barzanî-Clan besetzt alle Schlüsselpositionen in der kurdischen Autonomieregierung. Die PDK will nicht an dem Kongress teilnehmen, weil dort gemeinsame bindende Entscheidungen getroffen werden. Denn die Regierung Südkurdistans hat zurzeit den unabhängigen Staat der Welt. Sie sagen zwar, dass sie sich als souverän erklären wollen, aber noch unabhängiger werden können sie im Prinzip gar nicht. Sie sind weder an das internationale Völkerrecht gebunden noch an die Verfassung des Staates Irak. Eine eigene Verfassung haben sie ohnehin nicht. Sie machen also das, was sie wollen.

Und weil es so ist, wollen sie nicht gemeinsam mit den anderen Teilen und mit den Organisationen Kurdistans gemeinsame Abmachungen treffen, die sie dann binden würden. Sie haben z. B. von Südkurdistan bis in die Türkei hinein eine Erdölpipeline gebaut. Über die verkaufen sie das Öl. Aber niemand kann diese Verkäufe überwachen. Niemand weiß, wohin das Geld geht oder wie viel Öl durch diese Pipeline fließt.

Und weil es so ist, konnte die PDK dieses begrenzte Denken, das nur die eigene Partei, den Barzanî-Clan im Fokus hat, nicht überwinden. Sie konnten nicht ihre Beschränktheit überwinden, sie konnten nicht sagen, dass ganz Kurdistan frei und demokratisch sein soll. Stattdessen haben sie immer nur gesagt, es soll

ihres sein, in ihrer Hand und unter ihrer Autorität. Und weil es so ist, ist ein kurdischer Nationalkongress nicht möglich. Wir haben viel Kraft aufgewandt, jahrelang haben wir dazu aufgerufen. Wir haben sogar Mesûd Barzanî den Vorsitz angeboten. Aber trotzdem nähert er sich dem nicht an. Demokratie, ein gemeinsames Rechtssystem und eine gemeinsame Verantwortung würden ihn ersticken, in seiner Bewegungsfreiheit einschränken. Der Einfluss der anderen Bewegungen würde sich festigen. Das will er nicht und wenn er nicht will, dann läuft diese Sache halt nicht.

Es gab eine Stellungnahme von Barzanî zu den aktuellen Angriffen auf die Meder-Verteidigungsgebiete. Er bekundet seine Treue gegenüber der Türkei. Was sagen Sie dazu?

Das ist eine Fortsetzung seiner bisherigen Politik. Genau so sind sie auch mit Rojava verfahren. Sie sind die Verbündeten der AKP. Bei den Parlamentswahlen in der Türkei unterstützte die PDK die AKP. Die anderen Parteien wie Gorran (Wandel) oder die YNK (Patriotische Union Kurdistans) traten öffentlich für die HDP ein, aber die PDK tat das nicht. Sie schließt andere Kräfte Kurdistans aus. Für sie zählt nur eins: Der Süden gehört uns, hier zählt nur unser Wort, hier zählt nur unsere Macht!

Die Türkei hat Teile Südkurdistans bombardiert, ihr Land, ihre Bevölkerung ist gestorben, ihre Dörfer wurden zerstört. Die PDK hat eine Verantwortung gegenüber diesen Dörfern, sowohl ethisch und moralisch als auch politisch und juristisch. Aber sie haben die Türkei für die Anschläge nicht verurteilt. Ganz im Gegenteil, sie haben die PKK verurteilt. Natürlich kann es sein, dass die PKK Fehler hat, in manchen Punkten unzureichend ist. Die PKK könnt ihr jederzeit kritisieren, das ist euer natürlichstes Recht. Aber hier greifen euch feindliche Kräfte an und töten die Bevölkerung Kurdistans. Hier ist es ein fatales Signal, eure internen Widersprüche dem Feind auch noch so zu präsentieren. Als DAIŞ Maxmur angegriffen hatte und in Hewlêr



(Arbil) keine Menschen mehr geblieben waren, da kam die Guerilla und kämpfte an der Front gegen DAIŞ. Da begann die Guerilla nicht damit, die PDK zu kritisieren, sondern als Erstes an der kurdischen Einheitsfront zu kämpfen. Ein anderes Kurdistan muss angestrebt

werden, in dem die gesellschaftlichen Projekte gegeneinander antreten können. Aber gegen feindliche Kräfte, die uns zu vernichten, zu belagern oder einzukerkern trachten, müssen wir gemeinsam kämpfen.

Doch die PDK hat nicht eine solche Mentalität, aus der wiederum die Türkei Kraft schöpft. Ein weiteres Beispiel dafür ist, dass sich einen Tag vor dem Angriff auf Zergelê türkische Minister mit Barzanî getroffen

hatten. Im Anschluss daran wurde das Dorf Zergelê bombardiert und etliche Zivilisten wurden ermordet. Hätte Barzanî eine eigene Haltung, wäre das mit Sicherheit nicht passiert.

Im Verlauf dieses Interviews haben Sie uns einen gewissen Einblick in die aktuelle Lage Kurdistans verschafft. Wenn sich die PKK das alles vor Augen führt, wie wird sie dagegen ankämpfen? Wie wird der Kampf dagegen aussehen?

Legal, militärisch, diplomatisch, politisch und zusammen mit der Gesellschaft werden wir diesen Kampf fortsetzen. Mit den linken und demokratischen Kräften aus der Türkei, aus Europa, aus der ganzen Welt und mit den fortschrittlichen Kräften aus dem Mittleren Osten. Wir sind für ein Miteinander der Gesellschaften, die Demokratie, und das für die ganze Welt. Wir betreiben keine Politik, die einseitig im Interesse einer Nation steht. Wir sind bereit, gemeinsam mit allen Menschen, die nach Demokratie und Freiheit streben, in allen Lebenslagen und an allen Fronten gegen Faschismus, Rassismus und gegen autoritäre Ansichten zu kämpfen.

Möchten Sie zum Schluss noch einige Worte an die europäische Öffentlichkeit richten?

Europa sollte auf seine Kultur der Demokratie und seine Erfahrung mit der Demokratie achtgeben. Und die in Europa lebenden Menschen aus Kurdistan sollten auf ihre Freiheit, auf ihre Heimat und auf ihre Einheit achtgeben und sie verteidigen. Sie werden ihre Befreiung und Freiheit nicht erlangen, wenn sie ihre Hoffnung in die Hände anderer legen. Nach Europa zu gehen und dort zu sagen, wir sind gerettet und leben nun in Freiheit, ist ein Fehlschluss. Wenn wir einen Preis als Volk zahlen müssen, dann müssen wir ihn alle zahlen. Alles auf ökonomische Beziehungen zu reduzieren oder das zu einer Identität zu machen und so in einem engen und egoistischen Familienverhältnis zu leben, reicht nicht aus. Die Welt ist groß und wir müssen unser Schicksal an das unseres Volkes knüpfen und so leben. In großem Umfang haben die Kurden in Europa die Bewegung immer unterstützt, haben dieser Bewegung nicht den Rücken gekehrt, haben sie finanziert, Öffentlichkeit geschaffen und den Kampf dieser Bewegung weitergeführt. Ab diesem Zeitpunkt ist es nötig, das alles viel bewusster, viel umfangreicher und weitreichender zu machen, denn wir sind der Freiheit und dem Sieg viel näher gekommen.

*ISKU - Informationsstelle Kurdistan, August 2015
www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/*

Mehmet D. als „hochrangiger Kader der PKK“ zu drei Jahren Haft verurteilt!

Gericht verteidigt Gewaltmonopol eines Mörderstaates

Am 28.8. wurde der kurdische Politiker Mehmet D. in einem § 129 b Verfahren wegen „Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ von der 3. Kammer des Oberlandesgerichts OLG zu drei Jahren Haft verurteilt. Eines davon hat er schon im Untersuchungsgefängnis Holstenglacis verbracht. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Mehmet Demir „hochrangiger Kader“ der PKK zwischen Januar 2013 und Juli 2013 im „Gebiet Mitte“ sowie im Anschluss daran bis Juli 2014 im „Gebiet Nord“ gewesen sei.

Dezidiert zählte der Richter alle bewaffneten Aktionen der PKK im Anklagezeitraum auf dem Staatsgebiet der Türkei auf. Obwohl der Richter selbst alle diese Aktionen in Zusammenhang mit der Errichtung von Militärstationen im türkisch besetzten Teil Kurdistans setzte, wurden sie zur Begründung herangezogen, um Mehmet Demir zu verurteilen. Das Ziel der PKK sei „Mord und Totschlag“.

Die Behauptung Mehmet Demir sei ein „hochrangiger Kader“ wurde u. a. daran festgemacht, er habe das Newrozfest 2013 sowie das kurdische Kulturfest in Dortmund im September 2013 mitorganisiert. Außerdem sei er zur Konfliktschlichtung zwischen verfeindeten kurdisch-ezidischen Familien nach Bielefeld

gerufen worden. Obwohl der Richter erklärte, das Gericht sehe es als erwiesen an, dass der türkische Staat Waffen an den Islamischen Staat (IS) geliefert und verletzte Mitglieder des IS in Krankenhäusern der Türkei unentgeltlich behandelt habe, ein Agent des türkischen Geheimdienstes MIT u. a. die kurdische Politikerin Sakine Cansiz in Paris ermordet habe, sowie mit übermäßiger Härte Menschenrechtsverletzungen gegen KurdInnen und Oppositionelle begangen habe, habe die PKK nicht das Recht, gegen Einrichtungen des Militärs und der Polizei vorzugehen. Gegen die PKK zu ermitteln sei eine politische Entscheidung des Justizministeriums.

Diese Woche nahm die Polizei in Düsseldorf zudem den über 50-jährige Bedrettin K. ebenfalls wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung im Ausland“ (§ 129 b StGB) in Bonn fest. Er war bereits 22 Jahre in türkischen Gefängnissen, unter anderem im berüchtigten Foltergefängnis von Diyarbakir inhaftiert und hat ein Herzleiden.

Etwa 40 Personen waren zur Urteilsverkündung gekommen, um ihre Solidarität mit Mehmet D. zum Ausdruck zu bringen.

*ISKU - Informationsstelle Kurdistan, 28.08.2015
www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/*

„XWEDÎ DERKEVE!“ – „STEHE ZU!“

Kampagne der kurdischen Jugendbewegung in Nordkurdistan und der Türkei

Die Kurdische Jugendbewegung in Nordkurdistan und der Türkei hat ihre Politik der letzten Jahre selbstkritisch bewertet und auf dieser Grundlage die Kampagne „Xwedî derkeve!“ (Kurdisch für in etwa „Stehe zu!“) ins Leben gerufen. Mit ihr will sie als Jugend im Befreiungskampf einen weiteren Schritt voran gehen. Im Folgenden sind die Beschlüsse zur Kampagne in deutscher Übersetzung dokumentiert.

Lasst uns mit der Kampagne „Stehe zu!“ den Menschen das kommunale Leben in Kurdistan näher bringen! Lasst uns der Ausbeutung ein Ende bereiten! Lasst uns ein freies Kurdistan aufbauen!

Jede Gesellschaft kann für ihre Geschichte, Gesellschaftlichkeit, Kultur, Heimat und Freiheit Widerstand leisten. Offensichtlich ist, dass zwischen dem bewohnten Land (Anm. d. ÜbersetzerInnen: Wir nehmen ab jetzt für „das von den Menschen bewohnte Land“ den Begriff „Heimat“) und der Gesellschaft eine starke dialektische Verbindungen besteht, sodass diese sich gegenseitig bedingen und nicht ohne weiteres von einander getrennt werden können. Die Heimat hat einen sehr großen Einfluss auf die physischen, kulturellen, sprachlichen und emotionalen Eigenschaften der Menschen, ja sogar bis hin zur Mentalität. Diese Interaktion hat nicht nur eine, sondern tausende Generationen beeinflusst. Bei der Herausbildung des Individuums haben die Gesellschaft und die Heimat einen entscheidenden Einfluss. Grund hierfür ist das sich eigenständig schützende sogenannte „Zivilisationsdreieck“, das aus den drei Elementen Gesellschaft, Heimat und Individuum besteht und darüber hinaus durch das gegenseitige Stützen als solches gewachsen ist. Das Gleichgewicht und die Symbiose zwischen den einzelnen Elementen lässt Kraft und Stetigkeit entstehen. Ein Angriff auf eines dieser Elemente ist als Angriff auf die Existenz aller zu verstehen, worauf ein Verteidigungsreflex unverzüglich aktiviert wird. Die Quintessenz des ganzen ist, dass wenn eines dieser drei Elemente nicht existiert, das gesamte „Dreieck“ nicht existieren kann.

Diese grundlegende Annäherung an die Thematik bestätigt sich in vielen Beispielen der Geschichte Kurdistans. Die Berge und Täler Kurdistans haben in der kurdischen Geschichte schon immer die Rolle des „Schutzengels“ gespielt. Bei all den zahlreichen Pogromen gegen die kurdische Gesellschaft waren die Berge der sichere Zufluchtsort für die verfolgte Bevölkerung. Somit hat die kurdische Gesellschaft aus den geografischen Gegebenheiten ihrer Heimat stets Kraft geschöpft und sie zum Schutz genutzt. Die kurdische Gesellschaft hat den großen Respekt gegenüber der Natur auch im 21. Jahrhundert nicht verloren. Egal wie sehr die Natur heute unter dem kapitalistischen System ausgebeutet wird, so nimmt die kurdische Gesellschaft eine antagonistische Rolle zu dieser zerstörerischen Ausbeutung ein. Hierauf basiert ihre

starke Gesellschaftlichkeit und ihr kommunales Leben. Die Individuen, die den Respekt gegenüber der Natur verlieren, stellen sich auch gegen die Gesellschaft. Denn die Wurzeln von allem ist die Natur. Je mehr sich davon abgewendet wird, umso mehr wird sich von elementaren, grundlegenden Werten des Menschseins distanziert. Die erste Bindung des Menschen ist seine Bindung zu seiner Natur und Umwelt. Mit seiner Entfremdung von der Natur beginnt seine Entfremdung von seinen gesellschaftlichen Werten. Als Folge dessen entwickelt sich dann der Feind der Gesellschaftlichkeit, der Individualismus.

Der Kapitalismus kann nur in Gesellschaften überleben und sich systematisieren, in denen Individuen sich von ihrer Gesellschaftlichkeit und ihrer Natur entfremden. Das ist der Grund, warum das kapitalistische System Dörfer und das dortige Leben auf brutalste Art und Weise zerschlagen will. Die Werte einer Dorfgesellschaft sind eine Bedrohung für das kapitalistische System. Weil dieses jene Werte und Lebensweisen aus dem Leben der älteren Menschen nicht so einfach verdrängen kann, greift er vor allem die Jugend an. In Kurdistan macht es dies mit menschenverachtenden und barbarischen Methoden. Die Verbrennung und Entvölkerung tausender kurdischer Dörfer sind eine der Methoden im Krieg gegen die kurdische Gesellschaft und das gesellschaftliche Leben der Menschen. Sie darf aber nicht nur als militärische Methode bewertet werden. Die kurdische Freiheitsbewegung hat stets die geographische Situation der kurdischen Gesellschaft mit ihrer Geschichte und Existenz als ihre Hauptmotivation für den Widerstand und die Verteidigung der kurdischen Existenz verstanden. Die kommunalen Werte der Dorfgemeinschaften verstand sie als ihre eigenen Werte. Deswegen waren die Angriffe des Systems darauf umso umfassender. Unsere Bewegung hat seit ihrer Entstehung bis heute gegen die ausbeuterische, entfremdende Politik des Systems Widerstand geleistet. Die Bewegung setzte sich nicht die Zerstörung, sondern die Stärkung des kommunalen Lebens in den Dörfern zum Ziel. Wenn dieses Ziel mit einem noch freieren System und Paradigma gestärkt wird, so kann im gesamten Mittleren Osten eine neue Welle des Widerstands entstehen. Die vor tausenden Jahren entwickelte Dorfgesellschaft würde dadurch eine zeitgemäße Form erreichen. Die globalen Angriffe gegen unsere Dörfer sind Angriffe gegen die Entwicklung eines neuen Lebens. Wenn die globalen Mächte nichts gegen die Gräueltaten unternehmen und diese sogar fördern, dann tun sie dies nur, um während der jetzigen Krise der Zivilisation die Entstehung einer Alternative im Keim zu ersticken.

Um die in Gesellschaften mit kommunalen Werten aufgewachsenen Individuen von ihren Wurzeln zu entfremden, ermutigt das System diese Menschen zum Leben in der Stadt. Diejenigen, die sich zu ihren Wur-

zeln bekennen und diese kommunalen Lebensformen wahren, werden mit den Methoden des Spezialkriegs und einer Politik der Vereinnahmung von ihren Wurzeln getrennt. Die Zerstörung von Dörfern, Aufrechterhaltung von Arbeitslosigkeit in ländlichen Regionen, die Erschwerung des Anbaus von Lebensmitteln durch den Bau von Staudämmen, führen wohl oder übel zur Migration vom Land in die Städte und Metropolen. Um gesellschaftsfeindliche Individuen zu schaffen werden solche Zentren konstruiert. Die Wahrnehmung und Akzeptanz der Gesellschaft als Klassengesellschaft, wird durch städtische Räume und Institutionen verfestigt. Die Migrierenden werden im Namen der Erziehung durch dafür ins Leben gerufene Institutionen assimiliert, die Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen massiv verschlechtert und die Menschen mit Drogen und Prostitution vom System abhängig gemacht. All dies wird getan, um die Bevölkerung von sich selbst, ihrer Gesellschaft und ihrer Heimat zu entfremden. Mit diesen Mitteln hat das System es geschafft, bis zum heutigen Tag erfolgreich zu überleben.

In der jüngeren Vergangenheit haben wir gegen die ausbeuterischen Staaten und internationalen, imperialistischen Mächte erfolgreich Widerstand geleistet. Sowohl die NATO mit ihren paramilitärischen antisozialistischen Geheimarmeen (Gladio/Konterguerilla) als auch die türkische Regierung mit ihren faschistischen Untergrundorganisationen haben ihre radikalen und menschenverachtenden Machenschaften in Kurdistan ausgeübt. Die PKK hat all diese Bestrebungen des Imperialismus mit ihrem 40-jährigen Widerstand ins Leere laufen lassen. Die Gestaltung einer neuen, freien Gesellschaft in Kurdistan ist in vollem Gange. Dieser Widerstandskampf hat sich zu einer neuen gesellschaftlichen Bewegungen entwickelt, in der sich Menschen von sieben bis siebzig Jahren wiederfinden. Die dadurch entstandene Gesellschaftlichkeit und der Zusammenhalt der kurdischen Bevölkerung haben sich zu einem Bewusstsein über die eigene Heimat entwickelt, das sich in einer starken Liebe zum Land, einem tiefgehenden Wissen über die Geschichte, eine starke politische Haltung und die Befreiung der Frau von der feudalen Gesellschaft als Ausgestaltung einer neuen Perspektive ausdrückt. Während die umliegenden Staaten den Kampf für den eigenen, autokratischen Staat führen, macht sich die kurdische Gesellschaft immer mehr davon frei – als eine demokratische und freie Alternative dazu im Mittleren Osten. Ein gutes Beispiel ist der aktuell geführte Widerstand der kurdischen Gesellschaft in Rojava, Şengal und den anderen Teilen Kurdistans. Das hier entwickelte Gesellschaftsmodell ist durch den medialen Hype ins Interesse der Weltöffentlichkeit gerückt. Die hierbei erwähnten Vertreter des faschistischen und kapitalistischen Systems führen nun in einer anderen Form und Facette den grauenhaften Krieg gegen die Demokratie und Sicherheit der Gesellschaften im Mittleren Osten weiter. Während die kurdische Gesellschaft mit Prostitution, Kriminalität, Drogenhandel und der Politik des Verrats endgültig zerschlagen werden soll,

wird gleichzeitig versucht, Kurdistan mit Gefängnissen, Militärstützpunkten und Atomkraftwerken ausbluten zu lassen.

Die kurdische Jugend hat immer in den vordersten Reihen des von der PKK angeführten 40-jährigen Widerstandskampfes ihren aktiven Platz eingenommen. Um das ausbeuterische System in Kurdistan zu brechen, hat die Jugend mit strategischen und taktischen Vorstößen die Gesellschaft zum Widerstand motiviert und somit ihre Entfremdung von der Menschlichkeit gestoppt.

Seit dem 4. Kongress der Kurdischen Jugendbewegung haben wir in Form der Kampagne „Lebe nicht den Kolonialismus! Lass den Kolonialismus nicht leben!“ zu einer Offensive gegen das hegemoniale System aufgerufen und diese durch praktische Aktionen gestaltet. Während diese Kampagne die Jugendbewegung in Bakur (Nordkurdistan) vergrößert hat, ist auch ein allgemeines gesellschaftliches Bewusstsein darüber entstanden. Mit dieser Kampagne wurden immer mehr Aktionen gegen das hegemoniale System auf die Straßen Nordkurdistans getragen, sodass sie zu immer mehr Kraft und Hoffnung in der Bevölkerung geführt hat, die durch Diebstahl, Prostitution und Drogenkonsum – alles durch den Staat gefördert und gedeckt – gebrochen und in der Hoffnungslosigkeit gefangen war. Diese Offensive gab der Jugend und der gesamte Gesellschaft neuen Atem. Diese Offensive gefährdete den Feind, weil er genau auf der Grundlage der oben genannte Aspekte die Gesellschaft kontrollieren konnte. Genauso wie unsere Aktivitäten die Revolution vorbereiteten entstand auch eine konterrevolutionäre Richtung, dem alle revolutionären nationalen Befreiungsbewegungen begegnet sind. Jede revolutionäre Bewegung ist gleichzeitig auch eine Bewegung des Wissens und der Aufklärung über die eigene Identität. Jedoch nimmt die türkische Republik diese Form der Bewegung unverzüglich ins Fadenkreuz. Der nach den 2000er Jahren weitergeführte kulturelle und politische Genozid in Kurdistan ist ein Indikator für die oben erwähnten Planungen. An die Stelle der physischen Vernichtung kam jedoch eine gemäßigte, viel feinere und vielseitigere Vernichtungspolitik. Unsere Aktionen schafften sowohl eine Aufmerksamkeit als auch ein Bewusstsein dagegen. Viele unserer Aktionen wurden von der Gesellschaft begrüßt, obwohl in vielen unserer Aktionen die Gewalt im Vordergrund war. Dass jegliche Aktionen nur kurzfristige Erfolge mit sich brachten und die Methoden unkreativ waren, kann kritisiert werden, jedoch kann die daraus entstandene radikaler Haltung der Gesellschaft als ein Erfolg gesehen werden.

Der Feind führte seine Politik insbesondere in unserem SympatisantInnenkreis durch, um ihn von dem Widerstand entfernt zu halten. Die Jugendlichen, die am stärksten mit der staatlichen Politik konfrontiert waren, kamen meist aus Familien der Widerstandsbewegung selbst. Mit seiner Politik hat der türkische Staat versucht, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Zum einen wollte er die aktiven Jugendlichen von der

Widerstandsbewegung distanzieren, zum anderen die Gesellschaft gegen die eigene Jugend hetzen. Denn es war allseits bekannt, welche Methoden wir gegen Menschen, die dieser Politik des Staates verfallen waren, anwendeten. Eigentlich ist die vom Feind anvisierte Gruppierung und die, die wir durch unsere Kampagne zurückdrängen wollten, die selbe. Sie sind dieselben Menschen, nämlich die, die durch die Ausbeutung verarmt waren, aber auch am stärksten Widerstand leisteten. Der Feind wollte uns durch diese Methode gegeneinander ausspielen. Obwohl unsere Haltung gegen diese Politik des Staates richtig war, nutzte sie aufgrund unserer falschen Methoden und fehlenden Kreativität dem Feind. Im Endeffekt haben sich Jugendliche, die sich dem Widerstand gegen den Staat anschließen konnten, aufgrund unserer groben Herangehensweise, gegen uns gewendet. Wir können diese Haltung von uns auch als „ideologische Verrohung“ beschreiben.

Ein Problem ist die fehlende produktive Annäherungsweise an Fragestellungen und die damit verbundenen falschen Methoden, die vor allem der aktiven Jugend schaden und bei ihr zu Vertrauensverlust führen – tragischerweise in Punkten, in denen wir absolut im Recht sind. Vor allem in Regionen, in denen wir sehr stark sind, ist zu erkennen, dass einige AktivistInnen Machtgierig werden und jede Methode als legitim ansehen. Auch wenn unsere Vorstöße erfolgreich waren, haben wir die nötige Basis von Ideologie und Bildung nicht ausreichend genug entwickelt, sodass wir eine Fortsetzung unserer starken Aktionen, die den Feind zurückdrängte und unsere Gesellschaft aufatmen ließ, nicht unverändert fortführen konnten. Wir konnten der Jugend, die von dieser Politik des Staates erschöpft war, keine Alternative anbieten. Eine revolutionäre Denkweise und die daraus resultierende Bewegung stellt immer eine neue Alternative in der Gesellschaft dar, die dem hegemonialen Modell als Antithese gegenübertritt. Sie akzeptiert niemals das Gegebene. Alles andere führt zur Verrohung des Kampfes. Wir haben die von der staatlichen Politik unterdrückte Jugend kritisiert und sogar bestraft, jedoch müssen wir uns fragen, wie erfolgreich wir damit tatsächlich waren. Wie sehr haben wir dieses staatliche Spiel beenden können? Wir haben es nicht geschafft, die Jugend als dynamischsten Teil einer jeden Gesellschaft erneut in die ersten Reihen unserer Freiheitsbewegung zu bewegen. Rêber Apo hat in seiner fünften Verteidigungsschrift die neun Dimensionen vorgestellt, und dazu gemahnt sie schnell umzusetzen, um die gesellschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen. Trotz einer so offenliegenden Perspektive sind wir zu kaltherzig und abstrakt an diese Perspektive herangegangen.



Nicht nur gegen unsere Gesellschaft, sondern auch gegen unsere Heimat werden massive Operationen unter dem Vorwand der Energiegewinnung umgesetzt, in dem Staudämme gebaut und somit unsere Felder und Täler dem Erdboden gleich gemacht werden. Durch eine neoliberale Politik wird Kurdistan an die regionalen und internationalen Konzerne und Unternehmen verschertelt. Sowohl militärischer und gesellschaftlicher Krieg als auch Krieg gegen die Natur werden unter dem Deckmantel des „Aufschwungs“ geführt. Kurz gesagt wird mit einem neuen Konzept versucht, Kurdistan erneut zu kolonialisieren und es durch die Hände des türkischen Staates globalen Mächten zu überreichen.

Als die revolutionären Vorreiter der Freiheitsbewegung in Kurdistan rufen wir euch auf: XWEDÎ DERKEVE! (zu dt.: STEHE ZU) Stehe zur Jugend, die unter der feindlichen Politik leidet! STEHE ZU den jungen Frauen im besonderen, zu allen Frauen, die durch das System gefoltert, versklavt, vergewaltigt, als wertlos angesehen und von ihren Wurzeln sukzessiv distanziert werden! STEHE ZU der Gesellschaft, die durch die Politik der Kolonialisierung und Assimilation, in eine moderne Sklaverei getrieben werden soll! STEHE ZU der revolutionären Guerilla, die der IS versucht zu vernichten! STEHE ZU deiner Heimat, die durch neoliberale Politik geplündert wird! STEHE

ZU der Natur, die durch profitorientierte Konzerne verschertelt und ausgebeutet wird!

Als Jugendbewegung beginnen wir unter dem Slogan „XWEDÎ DERKEVE!“ (zu dt.: Stehe zu) eine neue Kampagne. Dieser Vorstoß ist eine Weiterführung unserer vorangegangenen Kampagne: „Lebe nicht den Kolonialismus! Lass den Kolonialismus nicht leben!“. Die vorher gemachten Fehler werden wir mit diesem Vorstoß überwinden. Die positiven Errungenschaften und Eigenschaften des vorherigen Vorstoßes gegen das kapitalistische System werden bei dieser neuen Kampagne weiterhin hervorgehoben und mit neuen effektiveren Methoden gefestigt. Angriffe gegen die Gesellschaft werden wir in gemeinsamen Aktionen mit der Gesellschaft ins Leere laufen lassen. Im neuen bevorstehenden Prozess wird keine von der Gesellschaft losgelöste Initiative mehr akzeptiert. Nur Aktionen, als deren Subjekte sich die gesamte Gesellschaft fühlt, werden akzeptiert. Für den Erfolg dieser Kampagne ist es lebensnotwendig, dass die gesamte Gesellschaft für diesen Vorstoß Verantwortung übernimmt, da wir den gesamten Kolonialismus überwinden wollen.

„XWEDÎ DERKEVE!“ – „STEHE ZU!“ muss die Organisation der jungen Frauen in den Vordergrund stellen. Aufgrund der in letzter Zeit steigenden Morde, Übergriffe, Vergewaltigungen und Belästigungen

von Frauen, ist eine Offensive der Organisierung von jungen Frauen unumgänglich. Jene Offensive wird unter dem Slogan „Entwickle deine Selbstverteidigung, stehe zu deiner Identität als Frau“ laufen. Für den Erfolg dieser Offensive muss die Organisierung der jungen Frauen, die vom System besonders angegriffen werden, vorangetrieben werden. Obwohl bei der letzten Kampagne die jungen Frauen eine Vorreiterrolle gespielt haben, haben sich ihre Akzente und Farben nicht in die Ergebnisse niedergeschlagen. Diese Haltung muss geändert werden. Junge Männer dürfen nicht weiterhin Fragen, die junge Frauen betreffen einfach ihnen überlassen, sondern müssen selbst in dieser Kampagne Verantwortung übernehmen. Es darf nicht einfach nur auf Angriffe reagiert werden, sondern die stetige Organisierung und die Institutionalisierung muss im Mittelpunkt stehen. So wie die Ausbeutung des Landes, der Energie, des Wassers und der Gesellschaft mit der Ausbeutung der Frau begann, wird ihre Befreiung mit der Befreiung der Frau beginnen. Deswegen müssen wir die Freiheit der Frau als Basis für die Befreiung der gesamten Gesellschaft entwickeln und stärken.

Dieser Vorstoß wird mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielen gestaltet werden. Weitere in der Vergangenheit vergessene oder vernachlässigte Alternativen werden in dieser Kampagne zum Vorschein kommen.

Kurzfristige Planungen/Ziele

Zunächst muss die Gesellschaft und vor allem die Jugend über die Kampagne informiert werden. Was für ein Ziel hat sie? Was sind gemeinsame Ziele? Zu aller erst müssen wir auf die Frauenbewegung, die allgemeine Bewegung, all unsere Institutionen sowie und auf zivilgesellschaftliche Organisationen zugehen, dieses Projekt diskutieren und ihre Methoden vorstellen. Alle können sich daran beteiligen; ApostInnen bis hin zu liberalen DemokratInnen und konservativen Gruppen; alle müssen angesprochen werden und ihnen ein Platz in unserem Projekt eingeräumt werden.

In der Anfangsphase müssen statt zentralen Zielvorgaben der Jugendbewegung, die Ziele der lokalen Jugendstrukturen und der lokalen Community im Vordergrund stehen. Als ersten Schritt müssen wir in Versammlungen die ausbeuterische Politik des Feindes in den Häusern, Straßen und gesamten Städten analysieren und eine Perspektive für den Widerstand gegen sie entwickeln. Folglich muss das hegemoniale System aus allen Lebensbereichen entfernt werden. Hierfür müssen wir in diese Bereiche/Regionen gehen und die Menschen zusammenbringen, aufklären und mobilisieren.

Die Kampagne muss konkrete Zielvorgaben entwickeln. Jegliche Staudämme, Gefängnisse, Militärstützpunkt, Staudämme in Kurdistan müssen sichtbar, ihre ausbeuterischen Funktion, ihre Folgen und ihre Zwecke in der Region bekannt gemacht, sowie in Form von Untersuchungsberichten zusammengeführt werden.

Auch in der Türkei sollen diese Arbeiten beginnen und nach ihren Gegebenheiten mit dem Geist von Gezi fortgeführt werden. Alle Vernichtungspolitiken gegen die Natur in der Türkei und Kurdistan werden wir sichtbar machen und mit dem apolitischen Geist beenden. Wir werden den Staat dazu drängen, die Natur, die Vielfalt, die Gesellschaft und das Individuum als demokratischen Subjekt zu respektieren. Wir werden die demokratische Nation mit unserer XWEDÎ DERKEVE Offensive aufbauen. Die Ausbeutung in Kurdistan und der Türkei ist für uns der Widerstandsgrund. Diese Ausbeutung in einem gemeinsamen Kampf zu beenden ist unsere Perspektive für diese neue Phase. Das muss die Agenda aller unserer AktivistInnen werden.

Damit die Gesellschaft für die Kampagne Verantwortung übernimmt, müssen intensive Versammlung und Seminare durchgeführt werden. Jegliche Problematik aus den gesamten sozialen und ökologischen Bereichen muss mit der Bevölkerung in einer verständlichen Sprache diskutiert und Bildung weitergegeben werden. Feminizide, Genozide und die Zerstörung der Natur müssen Inhalte dieser Versammlungen sein.



Demonstrationen sind der letzte Glied der Aktionen. An den Orten von Staudämmen oder Militärstationen können Widerstandszelte verstetigt werden.

Für die jetzige Phase ist der Kampf in Kobanê der Maßstab des militärischen Widerstandes, der Widerstand in Suruc und Gezi bilden den Maßstab des gesellschaftlichen Kampfes. So wie bei Gezi muss unsere Offensive allumfassend sein. So wie in Suruc muss der Widerstand bis zum Erreichen des Ziels fortgeführt werden, ein alternatives kommunales Leben aufgebaut werden. Wie in Suruc muss die Organisierung mit einem gemeinsamen Kampf- und Siegesgeist aus der Stadt bis in die Dörfer aufgebaut werden

Mittelfristige Planungen/Ziele

Bis die ausfindig gemachten Ziele/Objekte nicht ganz gestoppt werden und diese Politik des Staates nicht beendet wird werden wir Widerstand leisten.

Der Staat versucht mit allen Mitteln das kommunale Leben zu beenden und unsere Heimat zu entvölkern. Wir werden in allen Bereichen den Widerstand organisieren und ein kommunales Leben aufbauen, also im kleinen produzieren, aufforsten und Landwirtschaft betreiben.

Die Widerstandszelte müssen sich zu Akademien entwickeln und regelmäßige Bildung und Seminare anbieten.

Jede Region bestimmt einzelne Pilotprojekte, die sie stufenweise weiterentwickeln.

Individuen, die abhängig von Prostitution, Kriminalität und Drogen sind, müssen für den Widerstand gewonnen, jene Widerstandszelte zu Rehabilitierungs- und Resozialisierungszentren werden. Diese Individuen, die der Staat brechen will, werden in diesen Zelten

so lange betreut bis sie wieder eigenständig und frei werden. Das muss das Ziel dieser Zelte sein.

Wir müssen die Lokalität in diesen Widerstand einbinden. Sie muss sich als Subjekt dieses Widerstandes identifizieren. Diese Politik muss als ein Akt der Selbstverteidigung verstanden werden. Dort, wo die Lokalität nicht eingebunden wird, können wir nicht von einem erfolgreichen Widerstand sprechen.

Sowohl neu geplante Projekte der jungen Frauen als auch das Projekt für die gesamte Jugend müssen als ein Vorstoß zur Selbstverteidigung gesehen werden. Hierbei muss sich ganz besonders die neue Kampagne der jungen Frauenbewegung („Entwickle deine Selbstverteidigung, schütze deine Identität als Frau“) organisieren. Es ist wichtig, dass alle Genossinnen zusammen in jegliche Stadtteile, Siedlungen etc. gehen und die jungen Frauen in der Region erreichen. Eine Strukturierung und Entwicklung in allen Lebensbereichen sind die Voraussetzungen für den Sieg über das hegemoniale Bild des patriarchalen Mannes und der heute danach ausgerichteten Gesellschaft.

Damit die Aktionen auch Unterstützung und Beteiligungen aus der Türkei und anderen Teilen Kurdistans erfahren müssen die Medien, die Presse, soziale Medien intensiv genutzt werden.

„Die Jugend, die von ihrer Heimat entwurzelt ist, ist von der Menschlichkeit entwurzelt“ (Rêber Apo). Ein weiteres Ziel der Kampagne „Xwedî derkeve“ ist, junge Menschen, die zur Flucht gezwungen worden sind oder ihre Dörfer verbrannt wurden, zurück in ihre Heimat zu verhelfen. Der größte Traum von Rêber Apo ist, am Fuße eines kurdischen Berges ein kommunales Dorf zu errichten und dort ein alternatives Leben zu führen. Diese Vision sollte auch die Vision der Jugend sein. Eine Kampagne zur Rückkehr in die Dörfer sollte gestartet werden.

Übersetzung YXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan - www.yxkonline.com

Dokumentation:

[H] Türkisches Konsulat angegriffen

Wir haben in der Nacht zum 30.07.2015 das türkische Konsulat in Hannover mit Farbe angegriffen. Dies ist eine unserer Reaktionen auf die Angriffe des türkischen Staats gegen unsere kurdischen und türkischen Genoss*innen in der Türkei, Syrien und im Irak.

Am 24.07.2015 begann die Türkei Luftschläge auf die Stützpunkte der PKK im Nordirak. Seitdem folgten Luftschläge und Artillerieangriffe auf kurdische Stellungen in Syrien und Türkei.

Am gleichen Tag wurden in der Türkei bei einer landesweiten Razzia mehrere hundert Genoss*innen verhaftet. Seitdem sind über 1000 Menschen verhaftet und mindestens eine Genossin erschossen worden, weil sie Linke sind.

Langfristige Planungen/Ziele

An jedem gestoppten Staudamm und Kraftwerk wird das neue kommunale Leben aufgebaut. Damit einhergehend wird der Aufbau des Bewusstseins einer produktiven Gesellschaft, eines Individuums, einer Gemeinschaft und eines Lebens organisiert.

Diese Dörfer sollen zu den Freiräumen werden, wovor der Kapitalismus sich fürchtet und zu sozialistischen Hochburgen aufgebaut werden, die SozialistInnen in aller Welt als Vorbild dient. Mit diesem Vorstoß wollen wir auch andere Regionen der Welt erreichen und die Debatten dort mitprägen. Diese Dörfer sollen für junge Menschen ein Alternatives Leben ermöglichen.

Der Kampf gegen Staudämme, Kraftwerke, Militärstationen, Drogen, Prostitution, Assimilation, AgentInnen-tum wird nur durch den Aufbau von Dorfkommunen erfolgreich sein. Das Gleichgewicht zwischen Stadt und Land ist deshalb nur mit dem Aufbau eines moralischen und politischen Lebens in den Dörfern möglich. Mit dieser Offensive soll gegen die Assimilationspolitik des Systems, das Bewusstsein der kurdischen Jugend über ihre kurdische Identität und ihre Heimat Kurdistan gestärkt werden. Gleichzeitig soll die Jugendbewegung darüber hinaus in der Türkei ihre Strukturen aufbauen und stärken.

Diese Offensive soll den revolutionären Kampf der kurdischen Jugendbewegung mit globalen feministischen, ökologischen, sozialistischen und antikapitalistischen Bewegungen und Kämpfen verbinden. Denn die Angriffe finden global und gleichzeitig statt. Mit dieser Perspektive der Gemeinsamkeit des Kampfes hat die Jugendbewegung das Ziel gesellschaftliche und ökologische Probleme zu lösen, den internationalistischen Geist der 68er Jugendbewegung zu erreichen und ihn zu vergrößern.

Der Kampf um die Heimat ist der Kampf um die eigene Geschichte und die Erde.

*Kurdische Jugendbewegung
in Nordkurdistan und der Türkei*

In der Türkei herrscht faktisch Bürgerkrieg. In verschiedenen Städten liefern sich Genoss*innen seit Tagen Straßenkämpfe mit der Polizei. Einerseits um Angriffe der Polizei auf ihre Stadtviertel zu verhindern andererseits als Reaktion auf die Aggression der türkischen Staats.

Die Türkei versucht erneut emanzipative Bewegungen zu zerschlagen - der Angriff auf sie ist ein Angriff auf uns alle.

**Hoch die internationale Solidarität!
Bijî Berxwedana PKK!**

anonym 30.07.2015

Bericht von Ende Gelände

Kohlegrube steht still

Ende Gelände war erfolgreich. 1.500 Menschen haben die Kohlebagger im Rheinland lahmgelegt. Eine neue Dimension des Protests in mehrerer Hinsicht

Während das Camp noch abgebaut wird, sind die meisten von uns inzwischen wieder zu Hause. Ich will euch ein paar Eindrücke weitergeben.

Was dieses Jahr im Rheinland passiert ist hatte für mich ne neue Dimension an vielen Punkten. Klar es waren viel mehr Leute als die Jahre davor, aber auch einige andere Punkte waren ziemlich spannend. Die Proteste haben sich sprunghaft Internationalisiert. Fast 100 Leute sind im Anschluss zum Anit-Atom-Camp nahe Bure zum Camp übergesiedelt, es gab Busse oder Kleinbusse aus vielen Ländern. Insgesamt waren bestimmt über 300 Internationals auf dem Camp, was die Kommunikation komplett Zweisprachig und den Erfahrungsaustausch ziemlich eindrücklich gemacht hat. Genauso beeindruckend fand ich, dass es kein klassisches Aktivist_Innen-Camp war. Ab Montag waren durchgehend über 1.000 Leute im Klimacamp, viele davon angezogen durch die Degrowth-Summerschool. Die Leute haben sehr konzentriert in wirklich vielen Workshops gesessen und sich über die Unterschiedlichen Aspekte des Zusammenhangs zwischen Kapitalismus, Wachstumszwang und der Zerstörung von Lebensgrundlagen wissen angeeignet. Viele davon waren vorher nie wirklich auf einer politischen Aktion und waren auch erst noch gar nicht entschieden, ob sie am Samstag mit in die Grube gehen. Das erste mal seit Heiligendam gab es wieder jeden Tag Aktionstrainings, an denen jeweils 80-150 Leute Teilgenommen haben und langsam hat sich auf dem Camp eine Stimmung aufgebaut, in der sich Leute organisiert und auf die Aktion eingestimmt haben. Ich fand es sehr faszinierend wie entschlossen und solidarisch so viele Menschen waren um diesen Klimawahnsinn im Rheinland zu stoppen. Am Samstag sind ungefähr 1.500 Leute bei der „Ende Gelände“ Aktion wo wir angekündigt in die Braunkohle-Grube Garzweiler eingedrungen sind um die Riesen-Kohle-Bagger zum stehen zu bringen aus dem Camp aufgebrochen. Auf dem Weg zur Grube galt es eine Autobahn zu überwinden, die rund 1.200 Bullen mit allen Mitteln verteidigen wollten. Viele von uns grad aus der Aktionsvorbereitung waren eher skeptisch wie wir das schaffen sollten und letztlich ist es nur durch eine erstaunliche Entschlossenheit der Leute gelungen.

Kurz nach dem Camp ganz früh am Samstag morgen, haben sich 4 Finger (Grün, Geld, Pink und Blau) aufgesplittet. Der Grüne Finger ist als erstes nach Norden und dort durch den 2. Tunnel unter der Autobahn die nur zur Hälfte durch Bullenwannen und auf der anderen Seite mit 4 Reihen Polizei gesichert war. Hier waren viele Leute aus anderen Ländern mit dabei, die sich den ganz Tag vorher nochmal gesondert auf die Polizei vorbereitet hatten. Die Leute

haben ihre Strohsäcke fest an sich gedrückt, haben sich untergehakt und sind ruhig aber unstopbar durch die Polizeikette gebrochen (siehe Graswurzel.tv weiter unten). Hab ich lange schon nicht mehr so gesehen. Die Polizei ist hier und auch später total ausgetickt, hat mit Pfefferspray um sich geschossen und um sich geprügelt. Einige sind ziemlich Verletzt worden, viele Platzwunden. Der Grüne Finger hat sich aber nicht in ne Auseinandersetzung ziehen lassen, sondern ist unbeirrbar weiter in die Grube und hat auf dem Weg noch 5-6 Polizeiketten überwunden und ist nach wilder Verfolgungsjagd und illegalen Angriffen durch RWE-Securities kurz vor dem ersten Bagger zum stehen gekommen.

Damit war der Anfang gemacht. Pink und Gelb sind nach 2 ersten Erfolglosen versuchen, bei denen die ersten Reihen dem Pfeffer zum Opfer gefallen sind weit nach Süden und über eine Baustelle eines neuen Autobahnkreuzes wo zu wenig Bullen standen ebenfalls in die Grube. Pink ist auf Ebene 1 fast bis zum Bagger gekommen der inzwischen schon zum erliegen gekommen war. Gelb ist durch die Förderbänder weiter auf Ebene 2 (Bei den Ebenen geht es um Kilometergroße Flächen und einen Höhenunterschied von z.T. 50-100 m). Dort ist noch die Hälfte durch RWE-Fahrzeuge & Bullenreihen gekommen und hat den 2. Bagger erklimmen und zum stehen gebracht, die andere Hälfte ist auf Ebene 2 eingekesselt und kurz später sitzend und sich erholend nochmal von Bullen massiv angegriffen worden. Blau hatte versucht durch einen kleinen versteckten Tunnel zu kommen, war dann erfolglos ziemlich lang gelaufen um einen Übergang zu finden, als 2 Leute sich von einer Autobahnbrücke abgeseilt haben, so dass die Autobahn gesperrt werden musste. Dann ist der Blaue Finger über die Autobahn und über einen Steilhang ebenfalls in die Grube, hat 2 Polizeistopversuche umflossen und ist nah beim 2. Förderband gelandet.

Als letztes wurde etwas massenhaft ausgeweitet, was einige schon in den letzten Jahren im Rheinland angefangen haben: Über die Hälfte der Aktivist_Innen hat sich der Personalienfeststellung entzogen und war ohne Ausweise und Angaben in der Aktion. Die Polizei war damit einfach nur überfordert und mussten die Leute am Ende ohne Personalienfeststellung wieder raus lassen. Was uns ziemlich glücklich gemacht hat.

Spannend war auch zu sehen, welche thematische Breite die Leute mitgebracht haben. Es ging einfach nicht nur um Kohle vs. Erneuerbare. Die Situation von Flüchtlingen war genauso Thema wie die Notwendigkeit jetzt einen Strukturwandel in den Kohle-Gebieten einzuleiten anstelle die Leute mit einem weiter so irgendwann in die Arbeitslosigkeit zu treiben. Ziemlich viel gings darum, dass Regierungen und Verhandlungen es nicht richten werden, wir deshalb jetzt selbst Hand anlegen müssen. Natürlich war die interna-

tionale Dimension und Climate Justice großes Thema und nicht zuletzt eine Abkehr von Wachstumswahn und damit letztlich dem kapitalistischen Wirtschaftsmodell.

Ein kleiner Video- Eindruck (6 min) von der Aktion von Graswurzel-TV:

www.youtube.com/watch?v=-hQ64WlcKhw

& Ende Gelände (4 min):

www.youtube.com/watch?v=BW3N7kD7ffM

RWE hat angekündigt Leute (von denen die Bullen die Personalien haben) wegen Hausfriedensbruch anzuzeigen, guter Kommentar dazu bei tagesschau.de:

www.tagesschau.de/kommentar/kommentar-braunkohle-proteste-101.html

Wir werden die Repression nutzen um zum nächsten Schlag gegen RWE auszuholen. Niemand bleibt damit allein! Es wär super, wenn Leute dafür schon mal Geld spenden mit dem wir die Prozesse unterstützen können

und jeden zu einem Tribunal gegen die Energiekonzerne machen:

Kontoinhaber: EG

Betreff: Spende

IBAN: DE 9543 0609 6740 1803 6801

BIC: GENODEM1GLS

M.E. war Ende Gelände ein Meilenstein in Sachen Selbstermächtigung und Internationalisierung für die Klima- und Umweltbewegungen. [...]

Am 7. & 8. November lädt Ende Gelände zur Aktionskonferenz nach Leipzig um zum nächsten Schlag gegen die Fossile-Industrie & Kapitalismus auszuholen. Wir haben keine Zeit mehr zu warten: Klimaschutz ist Handarbeit!

ende-gelände.org

[Anm. der Redaktion: Bisher gibt es 800 Strafanzeigen von RWE gegen Aktivist_innen]

Um jeden Meter kämpfen!

Den Hambacher Forst verteidigen - gegen die Rodungssaison 2015!

Am 1. Oktober 2015 geht es wieder los - der Energiekonzern RWE will einen weiteren Teil des jahrtausendealten Hambacher Forsts (bei Köln) roden, um die Ausweitung des Braunkohletagebaus Hambach zu ermöglichen. Dafür muss im Laufe der nächsten Jahrzehnte nicht nur der gesamte Wald weichen, auch zwei Dörfer werden zwangsumgesiedelt. Das Verbrennen der Braunkohle heizt die globale Erwärmung weiter an, mit den bekannten Folgen: Dürren, Naturkatastrophen, Seuchen. Fluchtgrund für viele Menschen - eine fatale Ergänzung zur rassistischen Geflüchtetenpolitik der Industriestaaten.

Schon seit Jahren gibt es im Rheinischen Braunkohlerevier zwischen Köln und Aachen einen aktiven Braunkohlwiderstand. Dieser ist, anders als viele andere ökologische Bewegungen, in weiten Teilen systemkritisch und lehnt den Staat und politische Parteien ab.

Viele Gruppen und Projekte sind anarchistisch ausgerichtet. Wichtiger Teil dieses radikalen Flügels der Umweltbewegung ist seit gut 3 Jahren die Waldbesetzung im Hambacher Forst. 365 Tage im Jahr leben Menschen auf und zwischen den Bäumen, am Waldrand besteht ein (noch) legales Camp auf der Wiese eines Unterstützers. Doch die Besetzung ist auch ein politischer Raum, zum Schutz des Waldes werden offensive Aktionen wie Blockaden oder Sabotage durchgeführt. Bei Angriffen und Räumungen kommt es auch zu militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei oder RWE-Sicherheitsdiensten.

Zwischen dem 1. Oktober und dem 1. März ist Rodungssaison im Hambacher Forst - der Energieriese RWE setzt gigantische Maschinen ein, um die Fäll-

lung durchzuführen. Aber wir werden das nicht einfach zulassen! 180 Tage beträgt die Spanne der Rodung, die heißeste Phase ist erfahrungsgemäß Ende Oktober, November und Dezember. Wir werden auch während dieser Zeit durchgehend im Wald präsent sein, und wenn die Fällungen beginnen, werden wir eingreifen! Die diesjährige Kampagne trägt den Titel „Um jeden Meter kämpfen!“, denn genau darum geht es, jeden Meter Wald, der in diesem Jahr gefällt werden soll, wird sich RWE an uns vorbei erkämpfen müssen! Je mehr Menschen während der Rodungszeit im Wald sind, desto besser. Die Waldbesetzung ist ein offenes Projekt - jede_r kann einfach vorbeikommen und sich einbringen! Der Hambacher Forst ist aus vielen Gründen schützenswert: Weil er der Ausweitung des Tagebaus und damit der globalen Erwärmung im Weg steht, weil er ein einzigartiges Ökosystem ist, und weil die Besetzung in ihm ein dynamisches linkes Projekt ist.

Neben der permanenten Besetzung wird zu folgenden Terminen mobilisiert:

9.-18. Oktober: Skill-Sharing-Camp auf dem Wiesencamp und in der Werkstatt für Aktionen und Alternativen (Düren).

17. Oktober: „Party auf der Kohlebahn“: Gemeinsame Blockade der Kohlebahn, die Braunkohle aus dem Tagebau zu den Kraftwerken transportiert

20.-29. November: Aktionswoche in der heißen Phase der Rodung

22.-31. Januar 2016: Aktionswoche gegen Ende der Rodungssaison



Ein Tag in Frankfurt

Blockupy und 18M – Ein Rückblick eines Blockupy-Aktivisten auf den 18. März in Frankfurt aus einem zeitlichen Abstand von zehn Wochen

Blockupy macht weiter, ruft am 20. Juni zur Demo nach Berlin und schmiedet schon weitere Pläne. Sehr schön. Aber so viel Aufmerksamkeit wie zur EZB-Eröffnung am 18. März 2015 in Frankfurt am Main, so viele Feuerstellen (über 50!), so viele demolierte und ausgebrannte Polizeifahrzeuge (über 60!) und danach so viele Demonstrant/innen (über 20.000!) wird es bei der nächsten Aktivität von Blockupy wahrscheinlich nicht geben.

Unser Blockupy-Bündnis ist heterogen. Das macht auch eine seiner Stärken aus. Entsprechend wird der frühe Morgen des 18. März von uns unterschiedlich bewertet: Einige zeigten sich „entsetzt“, manche kritisierten einzelne „Aktionen, die außerhalb des Blockupy-Aktionskonsens standen“, für andere war es „das richtige Bild, das wir am Morgen erzeugt haben“.

Dieses Bild war eine Bildstörung, ohne die Blockupy und 18M nicht das gewesen wären, was sie waren. Die Bildstörung war ein wesentlicher Inhalt des Tages. Wir haben sie gebraucht und ihretwegen internationale und fortdauernde Aufmerksamkeit erhalten. Wer am Morgen mit auf der Straße war, hat unter anderem auch das Lächeln in vielen Gesichtern gesehen, das hilflose Polizeibeamte und ihre angezündeten Autos ausgelöst haben. Dass es so kommen konnte, war lange vorher bekannt. Destroika hatte kein Geheimnis um ihre Mobilisierung gemacht.

Die bereichernde Vielfalt der Aktionen

Der Tag hat viele Fragen aufgeworfen. Eine davon: Hätten wir trotz der allgemeinen Bekanntheit der unterschiedlichen Mobilisierungen zum Tag X, sowohl nach außen als auch unter uns, besser vermitteln müssen? Also – im Sinne der Erfahrung und Errungenschaft aus dem Wendland – ehrlich, offen und solidarisch darüber informieren und sprechen: „Es gibt bekanntermaßen verschiedene Aktionsformen. Alle sind willkommen. Wir machen unsere, andere machen ihre. Ihr Zusammenspiel wird unsere Stärke sein.“

Die Vielfalt an Aktionen bietet die Chance, unsere Spielräume zu erweitern und handlungsfähig zu sein – trotz massiver Präsenz der Polizei, die nicht gleichzeitig hinter allen her sein kann. Auch in Frankfurt zeigte sich daran etwas Gutes: Nach einem CS-Gas-Einsatz wurde dem grünen Finger von dem durch die Straßen ziehenden schwarzen Finger und seiner Angriffe auf die Polizei der Rücken freigehalten und wieder Luft gegeben, so eine Einschätzung von Betroffenen.

Die Schwarzgekleideten waren keine Agents Provocateurs, wie zwischenzeitlich spekuliert wurde, sondern Genoss/innen, „die unsere Ziele teilen,

gegen das autoritäre Krisenmanagement und die Troika-Politik Widerstand zu leisten“. Mit ihnen haben wir uns ausdrücklich im Aktionskonsens solidarisch erklärt.

Wurde der Aktionskonsens gebrochen?

Wir wussten, dass Freund/innen und Genoss/innen kommen, die zwar viele unserer Ansichten und Absichten teilen, aber nicht unsere gewählten Widerstandsformen. Entsprechend haben sie unseren Aktionskonsens nicht mitvereinbart, konnten ihn somit auch nicht brechen. Je nach Sichtweise haben sie ihn nicht respektiert oder sahen sich nicht an ihn gebunden.

Nicht alle, die zur EZB-Eröffnung nach Frankfurt mobilisierten, waren also mit unserem Vorhaben einverstanden, dem gesamten Gebiet rund um die neue EZB unseren Aktionskonsens überzustülpen oder noch selbstkritischer gesagt: es zu befrieden. War dieses Vorgehen von uns nicht sogar etwas vermessen? Keiner würde beim Castor-Transport die gesamten letzten Kilometer der Schienenstrecke bis Dannenberg zu einer Aktionskonsens-Zone erklären.

Am 18. März ist trotz allem etwas gelungen, was für zukünftige Massenmobilisierungen beispielgebend ist. Dank unserer Mobilisierung wurden im Verlauf des Tages nicht nur wieder sehr, sehr viele verschiedene politische Inhalte, sondern auch verschiedene Protest- und Widerstandsformen sichtbar, die sämtlich nicht nur als Teil von Blockupy wahrgenommen, sondern spätestens an diesem Tag zu einem Teil von Blockupy wurden. Damit war punktuell das geflügelte Wort von Frankfurt als „Wendland des Antikapitalismus“ praktisch Realität.

12.06.2015

LCM - Lower Class Magazine - lowerclassmag.com



Blockupy – Ungehorsam, Bündnis, Straße:

Über Voraussetzungen linker Handlungsfähigkeit im Herzen des Krisenregimes

Thesenpapier des Blockupy-Koordinierungskreises zum 18. März 2015

Der 18. März war ein wichtiger Tag des Protests gegen die Katastrophen der europäischen Verelendungspolitik. Tausende waren in den Blockaden am Morgen, 25.000 in Kundgebung und Demo am Nachmittag, und das mitten in der Woche, als große, transnationale Mobilisierung. Damit war #18M deutliches Zeichen für entschlossenen Widerstand gegen das Krisenregime und für ein anderes, solidarisches Europa. Protest und Widerstand in breiten Bündnissen werden jetzt mehr denn je gebraucht, gerade in dem Land, das die Krisenpolitik vorantreibt.

Gleichzeitig gab es, öffentlich und quer durch alle Blockupy-Spektren und Gruppen, starke Kritik an einigen Aktionen des Vormittags. So stellt der Aktionstag in seiner Ambivalenz wichtige Fragen an uns, denen wir uns stellen. Nach dem 18. März haben wir mit einer gründlichen Auswertung unserer Aktionen begonnen, in allen Blockupy-Spektren und dem KoKreis, beim Aktiventreffen in Berlin und in den Kontexten von Blockupy international. Dieses Thesenpapier nimmt die Diskussionen auf und lädt zu Absprachen der Bewegungen ein, um gemeinsam neue Schritte gehen zu können.

Blockupy ist inzwischen auch eine transnationale Plattform gemeinsamer Mobilisierung gegen die Krisenpolitik geworden. Alle Thesen, die der Blockupy-KoKreis hier zur Diskussion stellt, haben deshalb immer eine Dimension europaweiter „Solidarity beyond borders“.

1. Wir brauchen Blockupy als breites, linkes Bündnis

Blockupy besteht aus ganz unterschiedlichen, linken Akteuren, alle haben ihre eigenen Projekte. Wir unterscheiden uns in unseren Erfahrungen, der politischen Praxis und den Positionen zu Aktionsformen. Das gilt auch für Militanz und militante Aktionen, die wir unterschiedlich sehen und verstehen. Unsere Einschätzungen zum Verlauf des 18. März gehen – auch innerhalb der Spektren – teilweise erheblich auseinander.

Wir haben uns gemeinsam für ein vielfältig linkes, ungehorsames und transnationales Bündnis gegen die Krisenpolitik entschieden und wehren uns gegen die schlichte Sortierung in „Militante“ und „NGOs/Parteien“. In Blockupy geht es uns, angesichts der aktuellen Situation in Europa und Deutschland und aus einer Situation der Marginalität, um Schritte der gesellschaftlichen Zuspitzung, nicht um identitäre Selbstvergewisserung der Akteure. Blockupy wird neue Schritte gehen und sich dabei verändern. Im Wissen um unsere Unterschiede weiterhin praktische Kooperationsfähigkeit herzustellen, ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

2. Blockupy steht für massenhaften, also auch bündnisfähigen Ungehorsam

Gesellschaftliche Verbreiterung in Tateinheit mit

politischer Zuspitzung, das ist unser Ziel mit Blockupy. Dafür wollen wir vermittelbare Formen zivilen Ungehorsams, die eine breite Beteiligung innerhalb und auch außerhalb des Bündnisses ermöglichen, die die Regeln des Erlaubten mehr als nur symbolisch übertreten und dadurch starke Bilder schaffen: Menschen brechen Regeln, weil es um Wichtigeres geht. Ungehorsam polarisiert, führt zu Repression, macht Risse im Beton sichtbar. Er zeigt die Gewalt und Anmaßung der Herrschenden, unsere Lebensverhältnisse und immer die Lebendigkeit unseres Widerstands.

Wir wollen massenhaft auffordern, Grenzen zu überschreiten. Wir zelebrieren nicht die Radikalität der Aktivist_innen, sondern ermutigen die Neuen und orientieren uns an den Möglichkeiten aller im Bündnis. Wir wollen Bilder finden, die fantasievoll und vermittelbar sind, statt der Sprache der Herrschenden zu folgen. Wir üben miteinander ein, ungehorsam zu sein und uns vor Übergriffen zu schützen.

Wir erheben keinen Absolutheitsanspruch für unsere Aktionsform, in anderen Kontexten sind die Aktionsformen aller Bündnisakteure andere. Vor dem Hintergrund der sozialen Kräfteverhältnisse in diesem Land halten wir unsere gemeinsame politische Entscheidung für einen bündnisfähigen und vermittelbaren linken Ungehorsam für strategisch richtig und politisch wichtig.

3. Konsense sind Verabredungen im Handeln, keine Papiere

In breiten linken Bündnissen sind identitäre Begründungen von Ungehorsam nicht möglich. Wir sagen nichts Grundsätzliches zu Aktionsformen, sondern treffen Verabredungen für unser Bündnis. Diese müssen allerdings verlässlich sein, weil wir nur so die Bündnisbreite erhalten und weil wir Verantwortung für unsere Mobilisierung übernehmen („Wir sagen, was wir tun und tun, was wir sagen“).

Verlässlichkeit von Verabredungen entsteht im Handeln, in der kollektiven Planung und Aktion. Konsense bleiben Papier, sobald Bündnisakteure zu Texten stehen, sich aber kaum am Handeln beteiligen oder andere mobilisieren und handeln, ohne sich mit Verabredungen zu identifizieren.

Im Kern heißt diese Verabredung derzeit: „Blockupy steht für Demonstrationen und ungehorsame Aktionen, in denen wir keine Menschen gefährden, von denen keine Eskalation ausgeht und an denen alle, auch Menschen mit wenig Blockadeerfahrung, teilnehmen können. Wir fokussieren uns auf politisch begründete Orte und Akteure der Krise, nicht auf Polizei.“

Wir laden möglichst viele Aktivist_innen und Gruppen auch außerhalb des Bündnisses, die unsere Konsense respektieren, ein, sich aktiv an unseren Aktionen zu beteiligen.

4. Die Straße ist kein Bündnis

Als Organisator_innen können und wollen wir selbstverständlich keinen Anspruch darauf erheben, dass sich Aktivist_innen im gesamten Stadtgebiet verbindlich an unsere Beschlüsse halten. Es ist aus unserer Sicht nicht überraschend, ja sogar wünschenswert, dass an einem Tag wie dem 18. März verschiedene Teile einer emanzipatorischen Bewegung, die größer ist als unser Bündnis, auch eigene Aktionen politisch bestimmen und durchführen. Um aus dieser lebendig-unberechenbaren Vielfalt aber tatsächlich Stärke entstehen zu lassen, sind Kommunikation und Absprachebereitschaft aller Akteure die erste Voraussetzung.

Praktisch alle Blockaden durch Gruppen des Blockupy-Bündnisses waren ungehorsame, freche und entschlossene Aktionen, von denen keine Eskalation ausgeht. An ihnen haben sich tausende von Aktivist_innen beteiligt, was ein großer Erfolg ist. Wenn wir es dennoch nicht geschafft haben, den Aktionstag und die von ihm ausgehenden Bilder so zu gestalten, wie wir dies in langen und kollektiven Prozessen geplant haben, so gibt es dafür verschiedene Gründe.

Zum einen waren wir an einigen Blockadepunkten nicht so organisiert und gut vorbereitet, wie es notwendig gewesen wäre, um die Aktionen aktiv zu gestalten. Manchmal fehlte die Moderation und Kommunikation, dadurch die Transparenz über die Situation. An einigen Stellen fehlte es an Planung und Entschlossenheit, um dem „Hochsicherheitsakt“ eigene, fantasievolle Bilder entgegenzusetzen. Dies sehen wir selbstkritisch und lernen daraus für künftige Aktionen.

Zum anderen haben politische Akteure bewusst Orte unserer Aktionen als Bühne für ihre Inszenierungen genutzt, entgegen der dort von vielen Aktivist_innen gemeinsam vorbereiteten und verabredeten Choreographie. Darin sehen wir einen Mangel an Kommunikation und Solidarität. Jenseits der Frage, wie die unterschiedlichen Akteure unseres Bündnisses zu den Bildern des 18. März stehen, sind deshalb jetzt unsere wichtigen Fragen und Aufgaben: Wie können wir vor Aktionen aktiver das Gespräch suchen? Wie können wir Bedingungen schaffen, unter denen es uns möglich ist, unsere eigenen Aktionen politisch zu bestimmen?

5. Wir wollen kollektive Aktionen selbst bestimmen und fordern Solidarität ein

Wir haben immer gesagt, dass wir solidarisch mit anderen Aktionsformen sind. Wir fordern diese Solidarität aber auch für unsere Aktionen ein. Und wir meinen, dass jede Entscheidung zur aktiven Teilnahme an ungehorsamen Aktionen die gleiche Achtung und den gleichen Respekt verdient. Kollektiv bestimmte politische Aktionen müssen auch umsetzbar sein und dürfen weder von anderen übergangen noch von einem individualistischen „Jeder darf machen, was er will“ unmöglich gemacht werden.

Es ist natürlich nachvollziehbar, sich bewusst gegen Bündnisse zu entscheiden und deren nicht-eskalierenden Konsens politisch abzulehnen. Wer dann aber aus dem Schutz dieser Bündnisaktionen heraus massiv eskaliert, macht das Bündnis und andere Aktivist_innen zu bloßen Objekten seiner politischen Aktionen und handelt dadurch unsolidarisch. Das wollen und können wir nicht akzeptieren. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass Kommunikation und Solidarität die wichtigste Antwort auf diese Problemstellung sind, weshalb wir ausdrücklich alle linken politischen Spektren auffordern, mit uns darüber in den Dialog zu treten.

Wir waren und sind in der unangenehmen Situation, uns zu Aktionen äußern zu müssen, die wir selbst nicht geplant und durchgeführt haben. Einzelne dieser Aktionen am Vormittag des 18. März haben wir als weder verantwortlich noch vermittelbar kritisiert. Gleichzeitig verweigern wir uns dem geforderten Ritual der „Distanzierung“ (des Kontaktabbruchs im Interesse der Herrschenden und der Legitimierung von Polizeigewalt gegen andere Aktivist_innen). Das hat einzelne Personen aus unserem Bündnis und Blockupy insgesamt unter großen politischen und medialen Druck gebracht.



Wir kritisieren die erheblichen Übergriffe am 18. März von Seiten der Polizei und weisen alle zynischen Versuche zurück, militante Aktionen zu instrumentalisieren, um Krisenproteste zu entpolitisieren, zivilen Ungehorsam zu kriminalisieren und das Versammlungsrecht weiter auszuhöhlen.

Gemeinsam mit vielen anderen Akteuren halten wir die menschenverachtende Verelendungspolitik nicht mehr aus. Alles, was wir hier sagen, ist das Gegenteil von „Ruhe im Land“, von einem „Widerstand unter ordnungspolitischem Vorbehalt“, den die Herrschenden gerne hätten. Im Angesicht wachsender sozialer Ungerechtigkeit geht es uns um Bedingungen breiten Widerstands und gesellschaftlich ansteckender Unruhe. Darum, einen Unterschied zu machen.

Wie also weiter? Wir sehen massenhaften Ungehorsam in Bündnissen als einen linken Handlungsraum, als wichtige Option auch für andere Auseinandersetzungen – ob Noborder-, Recht auf Stadt-, Klima- oder Anti-Atom-Kämpfe. Blockupy wollen wir als breites, ungehorsames, transnationales Bündnis. Wir brauchen Verlässlichkeit und Vermittelbarkeit, um viele Menschen auch jenseits des Bündnisses erreichen zu können. Wir wollen alle Teile der linken Bewegung als politische Akteure ernst nehmen, uns mit ihnen über politische und strategische Fragen auseinandersetzen und – stärker als bislang – auch Absprachen treffen. Die unverzichtbare Basis dafür ist gegenseitige Solidarität.

Eine Antwort auf den KoKreis-Text

„When shall we three meet again?
In thunder, lightning, or in rain?“
„When the hurlyburly's done,
When the battle's lost and won.“
„That will be ere the set of sun.“

**Liebe Freund_innen des Blockupy-Bündnisses,
liebes Blockupy-Bündnis, oder anders gesagt:
Liebe Genoss_innen,**

am 30. Mai verfasste der Blockupy-KoKreis eine Stellungnahme zu den Geschehnissen rund um den Blockupy-Protest. Eigentlich ging es dabei hauptsächlich um die Randalen und den Riot in Frankfurt anlässlich der EZB-Eröffnung. Das ist das eigentliche Thema des Textes. Dazu wünschte sich der KoKreis ein wenig verklausuliert eine Auseinandersetzung:

„Wir wollen alle Teile der linken Bewegung als politische Akteure ernst nehmen, uns mit ihnen über politische und strategische Fragen auseinandersetzen und – stärker als bislang – auch Absprachen treffen. Die unverzichtbare Basis dafür ist gegenseitige Solidarität“

KoKreise sind uns ein wenig suspekt. Sie lassen hierarchische Struktur vermuten. Trotzdem wollen wir gerne antworten. Allerdings ist es uns beim Formulieren der Antwort nicht immer so einfach gefallen, den richtigen Adressaten zu finden – richtet sich unsere Antwort an den KoKreis, an das Blockupy-Bündnis, oder aber an alle, die dem Aufruf des Blockupy-Bündnisses gefolgt sind? Nach einigem hin und her haben wir uns entschieden, unsere Antwort so zu formulieren, dass sie sich zum Teil an alle, und zum Teil an den KoKreis richten wird. Denn wir denken, dass die Position des KoKreises zwar erst einmal nur die Position des KoKreises ist, der gerne weiter seinen politischen Ausbau vorantreiben will, aber dass die in dem Diskussionspapier aufgestellten Punkte möglicherweise noch mehr Menschen interessieren. Wir hoffen, dass es eine leichte Angelegenheit sein wird, diese Unterscheidung nachzuvollziehen.

Noch eines kurz vorweg: Wir sind kein KoKreis, wir sprechen für niemanden außer uns selbst, also nur für einen sehr, sehr kleinen Haufen von Leuten. Wir haben keine Repräsentant_innen und wir wollen keine haben. Wir fragen uns, für wen der KoKreis spricht. Für den KoKreis? Für tausende, die in Frankfurt auf der Straße waren? Und wenn wer für Tausende spricht, haben Tausende ihn legitimiert, für sie zu sprechen? Ihn delegiert? Gewählt? Wir jedenfalls sprechen nicht für ‚die Militanten‘, ‚die Autonomen‘ oder sonst wen, auch wenn wir uns darüber freuen, wenn wir die Ansichten des einen oder der anderen mitgetroffen haben sollten. Wir sind welche, die Freude hatten am Riot und an der umfangreichen Sachbeschädigung, an jedem brennenden Stapel Autoreifen, an jedem Angriff auf die Bullen. Und wir freuen uns schon auf den nächsten Krawall.

1. „Die großen Erzählungen“ // Der Erfolg

Ein widerständiges Großevent wie zur EZB-Einweihung in Frankfurt ist in Deutschland schon wirklich etwas Besonderes. Der deutsche Staat mit seinen repressiven Gesetzen und einer wohlgenährten Bevölkerung, die sich stets in ergebener (Un)zufriedenheit präsentiert, gilt nicht zu Unrecht als einer der krisenfesten Akteure Europas. Und auch deswegen steht für viele nun die Frage im Raum: Wie konnte Frankfurt eigentlich passieren? Und: Was ist in Frankfurt eigentlich passiert? Einige von euch üben sich bereits in der Geschichtsschreibung, in einer Geschichtsschreibung, die die Deutungshoheit über die Ereignisse sucht. Die Frage nach Erfolg und Fehlern wird aufgeteilt. War es ein Erfolg? Für wen war es ein Erfolg? Für wen nicht? War es ‚unser Erfolg‘? Oder der der ‚anderen‘?

Wir denken, der Erfolg liegt in der Erfahrung von vielen, doch etwas machen zu können, aus der Lethargie auszubrechen, die Lüge der Ohnmacht zu überwinden, ganz gleich, auf welche Weise die Verschiedenen das geschafft haben. Diese Erfahrung konnte auf vielerlei Weise mit ganz unterschiedlichen Ansätzen gemacht werden. Ein solcher Erfolg gehört niemandem. Oder allen. Jedenfalls gehört er nicht Blockupy, nicht dem KoKreis, nicht ...UmsGanze, der IL oder der Destroika. Wenn ihr eure Aktionen als Erfolg erfahren habt, freuen wir uns mit euch. Denn auch für uns war Frankfurt ein Erfolg, und wir denken, dass unsere Erfolge sich gegenseitig bedingen. Wir finden, dass wir alle so viel geschafft haben, eben weil wir so different agierten. Der Widerstand ist – wegen uns allen – im Herzen der Bestie angekommen. Und niemand von denen, die es gerne anders hätten, kam und kommt um diese Erkenntnis herum.

2. „Alles, was uns fehlt...“ // Die Solidarität

Als kleiner, aber militanter Haufen freuen wir uns über alle, die mit uns und unserer Art des politischen Ausdrucks solidarisch sind. Das passiert in diesen Zeiten zumindest in der Öffentlichkeit eher selten. Wir haben registriert, das zumindest hier und da jemand vom Blockupy-Bündnis sich nicht öffentlich zu Distanzierungen hinreißen ließ, auch wenn der persönliche Druck enorm hoch gewesen sein mag. Das hat uns gefreut. Wir denken, dass dieses Verhalten das strategisch klügste ist, denn unsere Feinde gewinnen auch deswegen oft so leicht gegen uns alle, weil sie es schaffen, uns genau an dieser Frage zu spalten. Wir denken, dass es auch für alle weiteren Auseinandersetzungen und Kämpfe genau so klug sein wird, sich nicht spalten zu lassen. Im Gegenteil: Das sich positiv aufeinander Beziehen wird uns zusätzliche Stärke verleihen, auch wenn es im ersten Moment sogar politisch falsch erscheint. Unsere Feinde jedenfalls legen sehr viel Wert darauf, uns zu spalten und wenn sie davon keinen Nutzen hätten, wäre es doch sehr merk-

würdig, wenn sie so viel Energie darauf verwenden würden.

Nun ist es so, dass manche finden, dass vieles gegen unsere Aktionsformen spricht, bei denen einiges zu Bruch und manches in Flammen aufgeht. Aber auch anders herum wird ein Schuh daraus: In unseren Augen spricht auch vieles gegen manche Aktionsformen. Manche kommen uns zu harmlos vor, dem Elend der Welt nicht angemessen, manches finden wir zu wenig eingreifend, zu ‚kreativ‘, manches verantwortungslos oder zu sehr auf der Ebene des Symbolischen verbleibend. Aber wir bleiben solidarisch mit euch, mit allen, die beitragen zum Widerstand. Wir freuen uns, wenn ihr eure „kreativen und fantasievollen“ Aktionen macht, wir hassen die Bullen jedes Mal mehr, wenn sie euch angreifen und wenn wir können, hindern wir sie daran. Wir freuen uns über jede, die wir von euch auf der Straße sehen, wir freuen uns, wenn unsere Aktionen sich ergänzen und wir würden niemals auf die Idee kommen, euch irgendwo weg zu scheuchen, wenn ihr in unserer Nähe auftaucht. Erst recht würden wir nicht versuche euch festzuhalten und der Polizei auszuliefern, wenn ihr wieder einmal Säure und Pipi aus euren bunten Wasserpistolen verschießt (entschuldigung, kleiner Spaß).

Wir haben gesehen, wie ein paar von euch lustige Fotos gemacht haben, neben der ausgebrannten Bullenkarre in Frankfurt. Und dass ihr dabei so viel Spaß gehabt habt, hat wiederum auch uns Spaß gemacht. Was wir damit sagen wollen: Für uns als kleiner und nicht so wichtiger Haufen ist das mit der Solidarität gar kein Problem. Auch wenn es manchmal schwierig für uns ist, euch zu verstehen, ist es für uns so leicht, solidarisch mit euch allen zu sein. Und wir werden es bleiben, solange ihr die herrschenden Zustände bekämpft und keine Hegemonie, keine Repräsentation anstrebt, die uns dann ein- oder ausschließen soll, ohne das wir das wollen.

3. „Strom gegen Strom, Maschine mit Maschine“ // Die Distanzierung

Wir finden es gut, wenn auch ihr uns akzeptiert. Ihr müsst es nicht im Einzelnen gut finden, was wir machen, ihr müsst vor allem nicht mitmachen, wenn ihr keine Lust dazu habt, und ihr könnt uns auch gerne sagen, dass ihr dieses oder jenes Scheiße findet oder aber dieses oder jenes richtig klasse.

Was wir allerdings nicht und wirklich gar nicht mögen, ist an Aktionen gehindert zu werden, festgehalten zu werden (wer mag das denn überhaupt?), an die Bullen ausgeliefert oder verpiffen zu werden und dergleichen mehr. Wenn das jemand macht, dann werden wir ungehalten, was wir, wenn es geht, wirklich gerne vermeiden wollen. Uns an unseren Aktionen zu hindern, uns festzuhalten, das ist die Arbeit der Polizei, und die freut sich einfach riesig, wenn wer mithilft, auch wenn sie ihren Helfer_innen danach wiederum hemmungslos auf die Fresse hauen wird, ganz unabhängig davon, was wer vorher gemacht hat, und auch unabhängig

davon, wer sich von wem distanziert hat. Das alles ist den Bullen unserer Erfahrung nach scheißegal. Sie bekämpfen uns alle gleichermaßen.

Auch verbale Distanzierungen betrüben uns. Und Distanzierungen definieren wir nicht wie der KoKreis nur als Kontaktabbruch oder Denunziation gegenüber den Bullen. Wir verstehen Distanzierungen auch als das Beugen gegenüber dem öffentlichen Distanzierungsdruck. Wir verstehen Distanzierung als das Formulieren gegenseitiger Kritik über die bürgerlichen Medien. Denn wir glauben, dass dies der Strategie der Herrschenden in die Hände spielt, die so den Widerstand entlang ihrer Kategorien der Vernunft und der bürgerlich definierten Gewaltfrage sortieren können. Integrieren, entpolitisieren, abspalten, ausgrenzen, bekämpfen, herrschen. Die Spaltung des Widerstands bleibt auch heute eines der zentralsten Instrumente der Herrschaft. Und sie schadet nicht nur der einen Seite, die abgespalten werden soll. Sie schadet uns allen. Wenn der KoKreis schreibt, er hätte einiges (gegenüber den bürgerlichen Medien) als nicht verantwortbar und nicht vermittelbar kritisiert, sich aber nicht distanziert, dann ist das nur ein Spiel mit den Worten. Uns erinnert das an die rhetorischen Tricks derer, die verbergen wollen, wo sie stehen, an das, was der KoKreis die „Sprache der Herrschenden“ nennt. Uns kommt es nicht darauf an, wie wir benennen, sondern was getan wird.

Der KoKreis schreibt, er sei in der unangenehmen Situation, sich zu Aktionen äußern zu müssen, die er selbst weder geplant noch durchgeführt hat. Wir fragen uns, warum der KoKreis denkt, er müsste das? Weil danach gefragt wurde? Wer vorher den diskursiven Raum beansprucht, wer vorher vermittelt, die Bewegung zu sein, wer vorher vermittelt, der entscheidende Player mit entsprechenden Ressourcen zu sein, braucht nicht zu jammern, wenn er gefragt wird. Und selbst wenn es wem dann doch unangenehm ist, kann man immer noch sagen, fragt doch die, die es sich ausgedacht haben. Warum fällt das so schwer?

Wir wollen nicht einer Vermeidung von Kritik das Wort reden. Kritik ist uns wichtig. Wir haben alle unsere Grenzen, wir alle haben Aktionen, die wir nicht gutheißen können. Wir müssen uns immer wieder mit uns und anderen auseinandersetzen, die Starre verhindern. Diese Prozesse sind aber nicht über Verfügungen zu erreichen, nicht über erzwungene ‚Konsense‘, nicht über eine Kommunikation, die über bürgerliche Presse, Staat und Bullen geführt wird.

Wir wünschen uns Solidarität von euch, so wie ihr unsere habt, auch wenn es manchmal schwierig für euch ist, uns zu verstehen. Das, finden wir, ist gar nicht viel verlangt.

4. „An tausend Punkten“ // Zusammenhalt vs. Zusammenarbeit

Wir lesen aus dem Text, dass ihr als KoKreis ‚Kooperationsfähigkeit‘ anstrebt. Wir wissen, euer Weg ist

die Bündnispolitik. Ihr wollt einen ‚bündnisfähigen und vermittelbaren linken Ungehorsam‘. Es ist nun aber so, dass wir diese Strategie nicht teilen und eine eigene Strategie besitzen. Und weil wir denken, dass es eine gute Sache ist, wenn alle ihre eigene Strategie für ihre eigene Sache verfolgen, müssen uns nicht gegenseitig überzeugen, welche die beste Strategie ist. Wahrscheinlich gibt es sie nicht. Für uns ist kein Bündnis nötig, wenn wir alle in unseren Verschiedenheiten mobilisieren.

Ihr vermittelt, dass wir mit unserer Anwesenheit und unseren Aktionen eure Aktion kaputt machen. Die These, die dabei immer wieder im Raum steht, lautet: Wo wir angreifen, wird Repression erzeugt. Aber bedenkt: Diese These macht die unsichtbar, von denen die Repression ausgeht. Sie nimmt ihnen, die sie ausführen, die Verantwortung für ihr Handeln, für ihre Gewalt. Ganz als ob hinter jedem knüppelnden Bullen eine Militante steht, die ihn überredet hat, den Knüppel zu schwingen. So werden ‚die Militanten‘ nicht nur für ihre selbstgewählte Militanz verantwortlich gemacht (was richtig ist), sondern auch für die Repression des Staates. Nun ist es aber so, dass die Repression uns immer alle treffen wird, sobald wir wirkmächtig werden, egal, wie wir uns vorher benommen haben. Ihr formuliert, dass von euch keine Eskalation ausgeht und schreibt uns zu, dass sie von uns ausgehe. Damit verkehrt ihr die Ursachen der Gewalt: Denn wir sehen es so, dass wir uns wehren gegen bereits total eskalierte Verhältnisse. Wenn jemand Gewalt ausübt und sich jemand dagegen wehrt - nun, es scheint uns so, als sei es ein wenig fehl am Platze, hier von einer Eskalation zu sprechen.

Wir denken, dass die Repression des Staates, wie wir sie in und nach Frankfurt sehen, keine Ausnahmeerscheinung ist. Sie ist meistens leise, oft erscheint sie als eine unbewachte Grenze, oft als die eigene Angst, Regeln zu brechen, oft als Linie, die jemand auf den Boden zeichnete, damit niemand sie übertritt, oft als Bulle in unseren Köpfen. Manchmal allerdings ist auch die Gewalt der Herrschenden laut, wenn ihre alleinige Androhung nicht mehr ausreicht, wenn sie gezwungen ist, offen aufzutreten, brutal, gewaltsam und sichtbar. In Frankfurt hat sie sich offenbart, sie konnte nicht leise bleiben, weil wir alle sie dazu gezwungen haben. Wir lieben es, die Versuche herrschaftlicher Selbstregulierung zu durchbrechen. Wir lieben den Moment, in dem wir uns von dem Angebot der Unterdrückung unserer selbst zu befreien, wir lieben es, den Staat zu zwingen, die freundliche Maske der eigenen Propaganda runter zu nehmen. Denn in den Momenten, wo die Scharade beendet ist, wo das abstrakte Gewaltverhältnis zu einem konkreten wird, drückt sich ein Stück gelungener Selbstbefreiung aus. Ihr könnt die Art und Weise, wie wir das machen eine ‚identitäre Selbstversicherung‘ nennen, ihr könnt versuchen, unsere Strategien, unsere Wut, unser Handeln so zu entpolitizieren. Aber wem spielt ihr damit in die Hände?

Und: Wollt ihr das?

Wir lesen aus dem Text des KoKreises die Ansprache des Vaters an das unvernünftige Kind. Das finden wir patriarchal. Wir empfinden solche Texte und solches Handeln oft als Versuche, Hegemonie über den Widerstand zu erlangen. Denkt ihr wirklich, dass die Vereinheitlichung des Widerstandes zu irgendetwas Gutem führt? Denkt ihr wirklich, dass eure Strategie die einzige ist, die funktionieren wird? Und selbst wenn ihr die Vielheit nicht liebt, sondern nur ertragt, so wisst ihr doch, dass solche wie wir immer da sein werden, dass wir uns den Beschlüssen anderer nicht beugen werden, wenn wir sie nicht teilen. Das wisst ihr doch. Wir denken, dass wir nicht alle an einem Strang ziehen müssen, um die Herrschenden zu Fall zu bringen. Es werden die vielen Stränge sein, die sie letztlich zum Straucheln bringen werden. Dafür müssen wir nicht im Vorfeld und die ganze Zeit zusammenarbeiten, aber zusammenhalten, wenn wir angegriffen werden. Denn der Angriff gilt immer uns allen.

5. „Das sind doch eher so Richtlinien“ // Konsens?!

Wir finden Konsense insgesamt nicht immer so wichtig und für uns ist ein Konsens auch kein Wert an sich. Vielmehr scheint es uns so zu sein, dass wir alle sehr unterschiedlich sind, und es wäre schon eine kuriose Sache, wenn wir es schaffen würden, in jeder Sache einen Konsens zu finden. Der Konsens als Ideal, das wirkt auf uns wie eine ‚Wahrheit in der Mitte‘, wo alle ein wenig von dem bekommen, was sie wollen, und dann soll sich bitte niemand mehr beschweren, weil man sich ja geeinigt hat. Und wenn schon Konsens, dann muss er von allen getroffen werden. Und zwar nicht von allen, die bei der Konsensfindung anwesend sind, sondern von allen, die von dem Ergebnis der Entscheidung betroffen sind.

Bei aller Liebe zu euch und unserem gemeinsamen Kampf, das ist bei dem Aktionskonsens, den ihr für Blockupy aufgestellt habt, nicht der Fall. Ihr habt ihn ohne uns getroffen, und ohne einen Großteil derer, die nach Frankfurt gekommen sind, und weil es der gleiche Konsens ist, der immer wieder auftaucht, ist es auch noch ein Konsens, den ihr unabhängig von aktuellen Ereignissen und Mobilisierungen getroffen habt. Wir denken, Verabredungen sind nicht so allgemein möglich, sondern sie sind immer kontextabhängig. Und der Kontext ändert sich manchmal schnell.



Jetzt kann es gut sein, dass ihr sagt, dass wir uns an der Vorbereitung hätten beteiligen können und dann hätten wir vielleicht einen neuen Konsens gefunden, eine Verabredung, mit der wir alle zufrieden mit gewesen wären. Nach langem Überlegen sind wir zu der Auffassung gekommen, dass wir mit unserer Position nicht wirklich etwas zum Konsens hätten beitragen können. Zum einen, weil wir eben nur eine kleiner und unbedeutender Haufen sind, und wenn überhaupt nur einen Konsens für und mit uns als wirklich kleine Grup-

pe aufstellen könnten (denn wir würden wie gesagt nicht im Traum darauf kommen, für unsere Genoss_innen ohne sie einen Konsens aufzustellen). Zum anderen, weil wir nicht daran glauben, dass ‚ein bisschen Militanz‘ als Konsens für euch oder uns akzeptabel ist. Denn „Wir sagen was wir machen“, das verträgt sich mit Militanz leider ganz und gar nicht, weil wir eben nicht mal eben so dahin sagen können, was wir machen werden. Und auf eure Vorbereitungstreffen, da können wir zudem manchmal einfach nicht hin, weil es für uns nicht immer ganz ungefährlich ist, und wir alle sehr unterschiedliche Vorstellungen von Sicherheit haben. Und Sicherheit, das könnt ihr sicher verstehen, ist für uns einfach ein ziemlich heikler und wichtiger Punkt.

6. „Wer steht da hinterm Vorhang?“ // Maskerade

Aus unserer Erfahrung wissen wir: Die Aktionskonsense, die ihr euch ausdenkt, werden von vielen auf der Straße nicht eingehalten. Aber was ist die Konsequenz daraus?

Wir glauben, dass euch so eine Verabredung vorschwebt: Dass wir uns einfach nicht bei euch herum treiben sollen, wenn ihr eure Aktionen macht, sondern einfach woanders hingehen sollen, solange wir uns eurem Konsens nicht beugen. Wir glauben, dass es euch dann auch leichter fallen würde, Solidarität mit uns zu bekunden, weil wir dann auch nicht so leicht in einen Topf geworfen werden würden, es also eine räumliche Trennung zwischen uns und euch geben würde. Niemand könnte dann sagen, dass Blockupy dort und dort randaliert hätte, weil ihr dann sagen könntet: Nein, Blockupy hat hier block(up)iert, wir machen so etwas gar nicht, sind aber solidarisch mit allen, die heute was gemacht haben.

Wir glauben, dass ihr noch einen anderen Grund habt, warum wir von euch fern bleiben sollen: Weil ihr findet, dass wir andere Menschen in Gefahr bringen, vor allem „die Neuen“, wie ihr sie nennt, vor allem die „Unerfahrenen“, die vielleicht etwas „Ängstlichen“, usf. Dass es also im Sinne von Leuten, die eine Auseinandersetzung mit den Bullen fürchten und scheuen, besser wäre, wenn wir nicht kommen. Dass es mit uns einfach gefährlicher ist als ohne uns.

Wir denken, dass das zum Teil stimmt, zum Teil nicht. Manchmal, so ist unsere Erfahrung, war es durch unsere Anwesenheit sogar ein wenig ungefährlicher, weil sich die Bullen nicht so sehr getraut haben, Leute anzugreifen, die sie aber sehr gerne angegriffen hätten. Aber es ist auch nicht zu leugnen, dass es manchmal gefährlicher wird, wenn wir dabei sind, und halt diese oder jene Sache unternehmen. Unter Umständen gefährden wir dann sogar alles und jeden, nicht nur

die Leute, sondern zum Teil eure Choreographie, wie ihr das nennt. Das wollen wir natürlich nicht so gerne, aber es passiert und wenn wir kommen, dann besteht diese Möglichkeit in gewisser Weise immer.

Wir glauben aber auch, dass ein paar von den „Neuen“, wie ihr sie nennt, ein Interesse daran haben, uns kennen zu lernen. Und wir glauben, dass es für ein paar von den „Neuen“ gar nicht so leicht ist, zu erkennen, wo die Unterschiede liegen zwischen uns und euch, und sie glauben, dass wir alle einfach zusammen gehören, was wir eigentlich auch glauben. Und wenn ihr nun eure guten und zahlreichen Möglichkeiten nutzt, um alle nach Frankfurt einzuladen, dann, so glauben wir, kommen ein paar von den „Neuen“ gar nicht wegen dem Aktionskonsens, sondern weil sie denken, dass wir auch dorthin kommen werden, und manche sogar nur deswegen, weil sie Lust haben, genau so etwas zu machen, was wir machen.

Uns erscheint es nun so, dass ihr - wenn ihr nun der Meinung seid, dass „die Militanten“ oder „die Autonomen“ nicht zu euch kommen sollen - das dann auch so sagen solltet. Wir finden, wenn ihr das nicht tut, und in euren Aufrufen mit einem militanten Habitus kokettiert, dann ist es doch klar, dass auch die kommen, die das anspricht. Ihr mobilisiert doch selbst die Leute, von denen ihr euch dann distanziert. Insofern handelt es sich hier gar nicht um eine einseitige Instrumentalisierung, wie ihr behauptet, wenn ihr sagt, dass wir eure Aktionen nutzen um unsere Randalie zu machen. Es handelt sich eher um



eine gegenseitige Instrumentalisierung. Und gegenseitige Instrumentalisierungen sind doch eigentlich gar nicht so schlimm. Wir glauben auch, dass viele Leute gar nicht so festgelegt sind und dass wir nicht so streng kategorisieren sollten.

Aber: Wenn ihr nicht wollt, dass wir kommen, dann fänden wir es gut und nur richtig, wenn ihr das ganz offen sagen würdet.

7. „how are we going to make history when you are not here with me?“ // Perspektive

Wir glauben schließlich, dass eine Massenaktion einfach niemandem gehört, auch nicht den Leuten, die zu ihr mobilisiert haben, also weder Blockupy, noch dem KoKreis. Wir glauben, dass eine Massenaktion sich auch entgegen der Planung entwickeln kann, entsprechend dem Wunsch und Willen der Anwesenden. Und dass die Massenaktion dann eben zum Schluss im besten Fall so aussieht, dass alle ihren jeweiligen Wunsch oder ihren jeweiligen Willen ausdrücken konnten. Wir denken, dass so etwas eben nicht im Vorhinein geplant werden kann, zumindest nicht vollständig und dass der Fehler nicht unbedingt ist, dass wir auftauchen, sondern dass so geplant wurde, als würde es uns nicht

geben, und dann waren wir doch wiedermal ganz überraschend da. Wir denken auch, dass eine Aktion nachhaltig bestimmen zu wollen, obwohl man will, dass mehrere Tausend Menschen daran teilnehmen, nicht nur ein komischer Plan ist, sondern auch eine tendenziell autoritäre Vorstellung, und irgendwie ist es nun mal so gekommen, dass wir solche autoritären Vorstellungen scheiße finden.

Demgegenüber denken wir, dass wir alle zusammen gehören, nicht nur inhaltlich, nicht nur im Ziel unserer Kämpfe, sondern auch ganz praktisch in den Kämpfen selbst. Wir wollen gar keine räumliche Trennung von euch, sondern finden es schön, mit euch zusammen auf die Straße zu gehen. Und zwar zusammen, im Sinne von „zusammen“. Und manchmal, das wissen zumindest ein paar von euch, klappt das sehr gut, und führt sogar zu ein paar sehr erfreulichen, sagen wir mal, Synergieeffekten. Wir brauchen euch und wir denken, dass ihr auch uns braucht.

Wir werden zumindest als der kleine unbedeutende Haufen der wir sind, trotzdem weiterhin zu Massenaaktionen kommen, ganz gleich, wer mobilisiert hat. Denn wenn wir mit vielen unterwegs sind, und eben auch mit euch, dann finden wir das einfach am besten.

Vielleicht könnt ihr euch ja mal eine Choreo vorstellen, ein Bild von einer Aktion, in dem wir auch vorkommen, unabhängig davon, ob wir uns vorher auf eines eurer Vorbereitungstreffen gesetzt haben.

Wir brauchen unsere großen Zusammenkünfte. Insofern interessiert sich auch unser kleiner und nicht so wichtiger Haufen dafür, wann und wo wir uns als nächstes wieder einmal treffen können. Und wenn ihr auch Lust darauf habt, dann können wir das auch zusammen tun, in tiefer Solidarität mit euch allen vereint, denn wir finden, dass Frankfurt uns ein wenig näher zusammen gebracht hat, auch wenn es hier und da gar nicht so scheinen will.

In Frankfurt hat sich eine Perspektive auf Zukünftiges ergeben. Zurückblicken ist sicherlich nicht falsch – aber vor allem sollten wir weitermachen. Zusammen und ohne uns zu trennen zu lassen. Wir haben gemeinsame Gegner. Und diese wollen uns zu Gegnern machen, denn sie wissen, wie gefährlich wir sind, wenn wir solidarisch kämpfen. Dieses Spiel werden sie nicht gewinnen! Ansonsten sind wir nämlich nur ein kleiner und unbedeutender Haufen - und ihr auch.

Flamme und Feuer
03.07.2015

Prozess wegen BLOCKUPY: Federico Annibale mit Bewährungsstrafe entlassen

Das Amtsgericht Frankfurt hat heute Federico Annibale („Fede“) zweieinhalb Monate nach dem 18. März im ersten Prozess wegen Blockupy 2015 zu einem Jahr und 2 Monaten auf 5 Jahre Bewährung verurteilt. Verurteilt wurde „Fede“ wegen „schwerem Landfriedensbruch und versuchter schwerer Körperverletzung in fünf Fällen“. Der Angeklagte wurde freigelassen.

Vor dem Amtsgericht Frankfurt fand zu Prozessbeginn eine Solidaritätskundgebung statt. Mit Transparenten und Blockupy-Utensilien wie Schirmen und Kartons protestierten 80 Demonstrant*innen gegen die Kriminalisierung von Gegner*innen der autoritären Krisenpolitik der Troika.

Der Saal war voll besetzt. Das Gericht hatte vorab eine polizeiliche Sicherheitsverfügung erlassen, die Kontrolle und Überwachung des Publikums genehmigte und zivile und uniformierte Polizei im Zuschauer*innenraum anordnete. Die polizeilichen Zeugen wurden gegen eine Wiedererkennung durch Perücken und falsche Bärte unkenntlich gemacht.

Stundenlang wurden mehrere Polizisten der 15. Berliner Hundertschaft vernommen, die Fede am 18. März observiert und später festgenommen hatten. Sie sagten aus, dass der Angeklagte Steine auf Polizisten geworfen haben soll und sich bei der Festnahme nicht wehrte. Treffer und Verletzungen blieben

strittig. Zu Beginn der Verhandlung hatte Fede in einer Stellungnahme bereits zwei Steinwürfe eingeräumt und bedauert.

Wie zehntausende andere war er zu dem Blockupy-Aktionstag nach Frankfurt gekommen, um gegen die EZB und Verarmungspolitik zu demonstrieren.

Der Prozess machte deutlich, dass „Fede“ nicht dem vom Staatsschutz nach dem 18. März gemalten Bild des „italienischen Militanten“ entsprach – obwohl er als solcher als „Erfolg“ der Polizei präsentiert wurde. Der Verfahren war der Versuch, ihm stellvertretend für alle Blockupy-Aktivist*innen den Prozess zu machen. Seine Verurteilung zeigt, dass der Staat angesichts der Ereignisse vom 18. März seine Macht an einem einzelnen demonstrieren musste. So herum war der Prozess eindeutig politisch bestimmt – auch wenn er nicht als politischer Prozess geführt wurde.

Das Urteil zeigt allerdings auch, dass eine Kooperation mit dem Gericht und Distanzierung von Militanz nicht vor Strafe schützt.

Wir freuen uns, dass „Fede“ endlich frei ist! Unsere Solidarität gilt allen, die während der Blockupy-Protteste kriminalisiert wurden und werden.

AG Antirepression

Glas Steine Scherben: Textilindustrie in Bremen angegriffen

Der erzielte Gewinn ist gigantisch; Tendenz steigend. Die Zahl der zerstörten Leben ist gigantisch; Tendenz steigend. Die Rede ist von der Textilindustrie. In zwei Nächten 25/26 und 26/27 Mai 2015 wurden stellvertretend zwei Geschäfte in Bremen mit Steinen eingeworfen und mit Farbe markiert. Wir hinterließen Flugblätter mit der Aufschrift: „Grüße aus Bangladesch“ und „Kapitalismus tötet, Bangladesh 24.04.13“. Bei den Filialen von zero (höheres Preissegment) und KiK (bekannter Discounter) entstand ein Scherbenhaufen der daran erinnern soll, dass die Normalität von Ausbeutung und Unterdrückung angreifbar ist.

Die miserablen Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie gibt es schon lange und wie auch in anderen Bereichen hat der wachsende Konkurrenzdruck zwischen den Staaten fatale Folgen. Diese kann man besonders gut in den textilproduzierenden sogenannten Billiglohnländern in Asien feststellen. Doch wer profitiert, wer zeigt sich verantwortlich?

Die Liste der Textilhandelsunternehmen, die in diesem Zusammenhang auftauchen, ist lang. Die Arbeits- und Produktionsbedingungen bei den Zulieferbetrieben fast aller Textilunternehmen sind, bis auf sehr wenige Ausnahmen, ähnlich schlecht. So gut wie alle präsenten Unternehmen lassen zu miserablen Bedingungen produzieren, egal, ob die Ware später billig oder teuer verkauft wird. H&M, C&A, Hugo Boss, Benneton, Nike, zero, Adidas, usw. sind genauso zu nennen wie die Discounter Lidl, KiK, Aldi, Walmart, usw.

Geht die einfache Rechnung (noch) auf, dass der globale Süden durch den Norden ausgebeutet wird? Unter welchen Bedingungen wird Baumwolle gepflückt und gehandelt? Wie setzt sich ein T-Shirt-Preis zusammen und wieviel Prozent der Einnahmen machen die Lohnkosten aus? Was zeichnet eigentlich einen Discounter aus?



Die meisten Textilien werden in den „Billiglohnländern“ hergestellt. Die Hälfte der Einnahmen für beispielsweise ein T-Shirt besteht aus dem Profit des Händlers bzw. Endverkäufers. 25% verschlingt in der Regel das Marketing während 13% der Einnahmen für die

Produktionskosten und 11% für Steuern und Transport veranschlagt werden. Lediglich ein Prozent des Verkaufspreises von Textilien entfällt auf die Löhne der Näher_innen. Der Kontrast zwischen riesigen Profiten internationaler Konzerne und dem täglichen Überlebenskampf der Arbeiter_innen lässt sich in der Textilindustrie anschaulich aufzeigen. Die tägliche Katastrophe kapitalistischer Produktion wird regelmäßig unterbrochen: wenn in brennenden oder einstürzenden Fabriken hunderte Menschen auf einmal sterben.

Arbeitsbedingungen

Manche der Zulieferer, von denen westliche Marken produzieren lassen zahlen nicht einmal die jeweils festgesetzten Mindestlöhne. Um einen Wettbewerbsvorteil zu haben sind diese jedoch sowieso so niedrig dass sie die Lebenshaltungskosten nicht decken. So schützen sie die Arbeiter_innen nicht vor Armut, obwohl regulär an sechs Tagen in der Woche zwischen zehn und zwölf Stunden gearbeitet wird. In Spitzenzeiten, wenn Kollektionen gewechselt werden wird sogar an sieben Tagen mit täglichen Arbeitsstunden zwischen 16 und 18 Stunden gearbeitet. Teilweise werden die dann anfallenden Überstunden nicht bezahlt und erzwungen, da mit Entlassungen gedroht wird, oder die miserablen Löhne zwingen die Arbeiter_innen Überstunden zu machen, um die unzureichenden Löhne aufzubessern.

Neben den sehr langen Arbeitszeiten und dem aufgebauten Druck, die Produktionsmargen einzuhalten, gibt es oft keine Brandschutzvorschriften, oder diese werden nicht eingehalten. Notausgänge gibt es häufig keine, oder diese sind versperrt oder verschlossen. Oft werden die Arbeiter_innen in den Fabrikgebäuden eingeschlossen um die Einhaltung der Fristen zu gewährleisten. Viele der Gebäude, in denen produziert wird sind marode und wurden nicht für diese Art der Nutzung gebaut, sodass es zu den bekannten Einstürzen und Bränden kommt. Dazu kommt, dass in vielen Produktionsschritten Chemikalien und Maschinen zum Einsatz kommen, ohne, dass die notwendigen Schutzkleidungen ausgeteilt oder Schutzvorschriften beachtet werden. Die Opfer solcher Produktionsbedingungen oder ihre Hinterbliebenen werden oft gar nicht oder nur unzureichend entschädigt. Häufig gibt es nicht mal sauberes Trinkwasser und Toilettenbesuche werden verboten.

Widerstand gegen die Ausbeutung

Wo sich Menschen gegen die Ausbeutung gewerkschaftlich organisieren, sind schnell staatliche oder unternehmensnahe Kräfte zur Stelle um den Widerstand im Keim zu ersticken. Gewerkschafter_innen

werden bedroht oder entlassen. Arbeitgebernahe Scheingewerkschaften werden als Alibi aufgebaut, um Auftraggeber in Europa oder Nordamerika zu beruhigen. Für viele Regierungen der „Billiglohnländer“ sind kämpfende Gewerkschaften ein Nachteil im Standortkampf und werden dementsprechend nicht durch Gesetze geschützt. In speziell eingerichteten Wirtschaftszonen werden geltende nationale Vorschriften ausser Kraft gesetzt, um Investitionen aus dem Ausland zu erleichtern.

Patriarchat und Textilindustrie

Die Belegschaften in den Textilfabriken bestehen zu einem sehr hohen Anteil aus Frauen. Innerhalb kapitalistischer patriarchaler Strukturen ist es nicht verwunderlich, dass Frauen auch hier am untersten Ende der Unterdrückungskette stehen. Sexuelle Belästigung, Einschüchterung und sexualisierte Gewalt gehören zum Arbeitsalltag.

Neben der Lohnarbeit leiden diese sie oft noch unter der Doppelbelastung auch noch für die Hausarbeiten zuständig zu sein. Sie werden häufig sexuell belästigt und schwangeren Frauen werden besonders anstrengende Arbeitsschritte und höhere Produktionsquoten zugeteilt. Vielfach wird bei Frauen vor ihrer Einstellung ein Schwangerschaftstest durchgeführt. Oft werden auch Migrant_innen beschäftigt, da diese als einfacher einzuschüchtern und auszubeuten gelten.

Capitalism&trade: Baumwollanbau im Weltmarkt

Unter ebenso miserablen Bedingungen wird die Rohbaumwolle gehandelt. Über Jahrzehnte haben die USA und die EU heimische Baumwollbauern und Bäuerinnen subventioniert, damit ihre Rohbaumwolle auf dem Weltmarkt billiger als die der Konkurrenten angeboten werden kann. Allein die US-Subventionen führten dazu, dass der Weltmarktpreis für Baumwolle um veranschlagte 12,6 % gedrückt wurde, andere Schätzungen gehen von bis zu 25% des Weltmarktpreises aus. Viele der Baumwollfarmer_innen in afrikanischen Ländern leiden direkt unter dem eingeleiteten Preisverfall. Teilweise sank der für ihre Baumwolle zu erzielende Preis unter die Produktionskosten in afrikanischen Ländern, sodass viele der Baumwollfarmer in den Ruin getrieben wurden und den Anbau aufgeben mussten. Für die Menschen dort vor Ort bedeutet dies, dass sie weniger oder gar nichts einnehmen können, also auch weniger für Nahrung, Unterkunft und Arztbesuche aufbringen und sich oftmals den Schulbesuch ihrer Kinder nicht mehr leisten können.

Dazu kommt, dass die Baumwollfelder massiv mit hochgiftigen Insektiziden und Pestiziden behandelt werden. Da Schutzkleidungen meistens nicht getragen werden, führt dies zu heftigen Gesundheitsproblemen. Die Natur leidet sowieso unter dem hohen Aufbringen der Gifte. Obwohl nur auf 2,4 % der weltweit landwirtschaftlich genutzten Flächen Baumwolle angebaut wird, kommen auf diese Flächen 11% aller eingesetz-

ten Pestizide und 24% aller eingesetzten Insektizide zum Einsatz. Genetisch verändertes Saatgut ist zudem an Verträge mit den Saatgutunternehmen gekoppelt und führt zu noch mehr Abhängigkeit der Bauern und Bäuerinnen, da das Saatgut jährlich neu gekauft werden muss.



Afrikanische Länder wurden von der Weltbank und dem internationalen Währungsfond zudem ermutigt Rohbaumwolle anzubauen, jedoch lediglich um diese sofort auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Die weitere Verarbeitung und somit der meiste Teil der Wertschöpfung passiert in anderen Ländern, sodass die rohstoffproduzierenden Länder auch durch strukturelle Benachteiligungen wenig an ihrer Baumwolle verdienen können.

Die Produktion von Baumwolle steht in direkter Tradition des Kolonialismus und reproduziert die Strukturen aus Abhängigkeit und Ausbeutung beständig.

Arbeitsbedingungen in den Discountern

Ohne die Arbeitsbedingungen in Südost-Asien mit den hiesigen gleichsetzen oder relativieren zu wollen: Auch der Verkauf der Produkte in den hiesigen Discountern ist kein Vergnügen. Die Verkäufer_innen sind gesundheitlich stark durch die massive Menge an Plastikprodukten belastet.

Das ohnehin unterbesetzte Personal wird sehr schlecht bezahlt. Hinzu kommt, dass unbezahlte Überstunden an der Tagesordnung sind und Putz-, Aufräum- und Inventaraufgaben ebenfalls vom Personal übernommen werden müssen. Toilettengänge sind auf Grund der Unterbesetzung (manchmal nur eine Person in der ganzen Filiale) schlichtweg unmöglich. Versuche sich zu organisieren, Betriebsräte oder Mitarbeiter_innenvertretungen zu gründen, werden massiv behindert oder mit Kündigungen beantwortet.

Die krassen Einsparungen führen zu ab-



surden Situationen wie bei KiK: Hier wurden Mitarbeiter_innen gezwungen den Müll mit nach Hause zu nehmen, um die Kosten für Mülltonnen und deren Abfuhr einzusparen. Klimaanlage und Heizungen in den Verkaufsräumen bleiben oftmals nur Dekoration, um weitere Kosten zu sparen.

Einen Discounter zeichnet aus, dass er nur eine begrenzte Zahl an Produkten anbietet und dadurch, möglichst ohne Zwischenhändler, eine große Menge eines Produktes auf einmal kaufen kann. Die Verkaufsräume sind häufig kleiner oder befinden sich an Orten, an denen die Mieten besonders niedrig sind. Es ist kaum Warenpflege erforderlich und es werden wenige Produkte gelagert. Investitionen in Dekoration und Darstellung der Produkte sind gering, die Verkaufsräume oft bis aufs letzte Eckchen zugestellt. Einen Discounter zeichnet auch aus, dass er extrem an Personalkosten spart und deshalb die Filialen personell notorisch unterbesetzt sind.

Sicherlich treffen die beschriebenen Arbeitsbedingungen und Charakteristika eines Discounters zum Teil auch auf andere Betriebsformate zu. Gleichwohl sind die Gewinnmargen, die ein Discounter einführt, im Vergleich zum Einzelhandel immens. Die beschissenen Arbeitsbedingungen bei gleichzeitigen immensen Konzerngewinnen führen die Absurdität der Marktwirtschaft besonders gut vor Augen.

Modekreislauf, Textilbranche und Zulieferung

In der Textilbranche generell versucht man die Anzahl der Produzenten und auch die Anzahl der Standorte in strategischen Ländern zu verringern, damit das Produktionsvolumen größer und damit die Kosten geringer ausfallen. Gleichzeitig ist die Lieferkette so kurz wie möglich, sodass besser Druck ausgeübt werden kann. Die gegenseitige Abhängigkeit von Händlerunternehmen und Zulieferern wächst, was allerdings in der Regel zum Nachteil des Zulieferers passiert.

Die Käufer, also KiK, zero, H&M, Nike, C&A, und alle weiteren Textilunternehmen, können so die Kaufbedingungen, Lieferzeiten und Preise diktieren. Oft sind Produzenten überbeansprucht und befinden sich deshalb in noch größerer Abhängigkeit, weil sie keine neuen Aufträge von anderen annehmen können als die vom vorherigen Käufer und auch in dessen „Gunst“ stehen. Da die Aufträge in immer kürzerer Zeit erfüllt werden müssen, was unter „normalen“ Arbeitsbedingungen schlichtweg nicht möglich ist, ist es gängig, dass die Zulieferer Aufträge zum Teil oder komplett wie auch den Druck an andere Subunternehmen



weitergeben, aber trotzdem die Verantwortung für die Erfüllung des Auftrags tragen.

Die Modeindustrie trägt ihren Teil zu einem Kreislauf bei, der sehr viel mit dem Konsumverhalten des Käufers und der Käuferin zu tun hat. Modedesigner werden entworfen, genäht, in die ganze Welt transportiert. Menschen kaufen die Ware bei H&M, zero, C&A, KiK und Co. Ein paar Monate später beginnt der selbe Kreislauf von vorne. Wohin mit der nicht verkauften Ware, wohin mit den Klamotten im Kleiderschrank, die nicht mehr „in“ sind? Sie werden in der Regel weggeworfen oder irgendwann in die Altkleidersammlung geworfen.

Mit gutem Gewissen, weil man etwas für die „arme Dritte Welt“ getan hat. Dort tauchen die Klamotten manchmal genau an den Orten, wo sie ursprünglich genäht wurden, in Säcken wieder auf und werden wiederum den Menschen verkauft, die sie unter miserablen Bedingungen angefertigt haben.

Antikapitalistische Perspektiven erkämpfen

Es gibt keine einfachen und pauschalen Lösungen für die Abschaffung des kapitalistischen Weltmarktes oder die politische ökonomie an sich. Der Bruch mit eben dieser kann jedoch angedeutet, die Normalität des Wahnsinns aufgebrochen werden. Eine Zukunft jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung kann nicht in der Theorie konzipiert werden sondern muss sich aus konkreten Kämpfen und Bewegungen entwickeln. Im Land der Krisengewinner_innen können und wollen wir nicht auf (radikale) linke Massenbewegungen warten. Die glitzernde Fassade der Marktwirtschaft strahlt uns tagtäglich an jeder Ecke an. Lasst sie uns einreißen.

Autonome Gruppen, 29.05.2015



Uns stinkt eure Ignoranz! S+E aufwerten JETZT!

Windeln vor dem Sitz der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

Montag Morgen, zu Beginn der Schlichtungsverhandlungen im Bereich Sozial- und Erziehungsdienst, deponierten Unterstützer_innen einen Haufen benutzter Windeln vor dem Sitz der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in Frankfurt.

Uns stinkt eure Ignoranz! S+E aufwerten jetzt! war auf einem davor aufgestellten Schild zu lesen.

Die Botschaft richtet sich gegen die Position und Forderungen des VKA, die trotz wochenlanger Streiks nicht bereit sind, auf die Forderungen der Kolleg_innen aus dem Sozial- und Erziehungsdienst einzugehen.

Mit Beginn der Schlichtung sind die S+E-Streiks ausgesetzt, eine Einigung aber noch in weiter Ferne. Die Auseinandersetzungen gehen also weiter!

Seit Ende Februar hat sich der Konflikt um die Tarifverhandlungen zugespitzt. Dabei handelte es sich nicht einfach nur um eine von vielen aktuellen Streikbewegungen in der BRD. Die Auseinandersetzung wirft die grundsätzliche Frage auf, wie die gesellschaftlich notwendigen Bildungs- und Sorgearbeiten in Zukunft organisiert werden soll.

Die Anforderungen an Erzieher_innen, z.B. im Bereich der frühkindlichen Bildung, steigen stetig. Statt mehr Geld gibt es jedoch immer weniger und meist schlecht bezahltes Personal. Sozialarbeiter_innen sind in ihrer Arbeit mit den Auswirkungen des sozialen Kahlschlags konfrontiert, zugleich sind die Einrichtungen selbst von massiven Einsparungen betroffen.



Es sind in erster Linie Frauen, die mit diesen Arbeitsverhältnissen im Bereich S+E konfrontiert sind. Das ist kein Zufall. In den sogenannten Care-Berufen - egal ob im Bereich der Bildung, Erziehung, Gesundheit oder Pflege, werden die ungleichen Geschlechterverhältnisse besonders sichtbar.

Soziale Dienstleistungen werden mehrheitlich von Frauen - schlecht bezahlt und nicht selten teilzeitbeschäftigt - verrichtet. Damit wird eine Tradition geschlechterspezifischer Arbeitsteilung fortgesetzt, die die Arbeit von Frauen sowie ganze Branchen, in denen vorwiegend Frauen arbeiten, abwertet.

Aus all diesen Gründen betrifft der Konflikt nicht alleine die Verhandlungspartner, sondern uns alle! Die Kolleg_innen im Sozial- und Erziehungsdienst stellen in ihren Kämpfen um Aufwertung nicht zuletzt die Frage, die wir uns alle dieser Tage beantworten müssen: Was heißt für uns ein gutes Leben? Wie wollen wir künftig leben und lernen? Wie wollen wir, dass materielle und immaterielle Werte in unserer Gesellschaft verteilt werden? Auf diese Fragen können nur gemeinsame und solidarische Antworten gefunden werden.

Wir solidarisieren uns mit den Forderungen der Kolleg_innen!

Her mit der Kohle, Geld ist genug da, es muss nur anders verteilt werden!

*Unterstützer_innenkreis S+E Streik
Frankfurt, 08.06.2015*

Anzeige:

Siempre Antifascista Festival

In unseren Träumen und Kämpfen leben sie weiter!

Es ist bald soweit! Vom **15. bis zum 18. Oktober** findet für das 6. Mal das Siempre Antifascista Festival in Göttingen. Damit wollen wir einerseits die Erinnerung an die zahlreichen Opfer rechter sowie rassistischer Gewalt wach halten, und andererseits Impulse setzen für unsere alltägliche antifaschistische Praxis und einen Raum für Selbstreflexion und Austausch schaffen. Denn Antifaschismus ist kein Life Style, sondern eine Überzeugung, nach der es zu handeln gilt!

Dazu haben wir interessante Veranstaltungen zusammengetragen und gute Bands eingeladen. Weder spült das Ganze Schotter in der Kasse, noch haben wir die Organisation an Subunternehmen ausgelagert: Das Siempre ist DIY und non-profit!

**Kommt vorbei ! Tauscht euch aus!
Wir freuen uns auf euch !
Remembering means Fighting!**



siempre-antifa-goettingen.tk

RASSISTEN MACHEN
LÄNGST MOBIL UND
GREIFEN AN.



RE:ORGANISIERT DIE
ANTIFASCHISTISCHE
AKTION!



RASSISTEN MACHEN
LÄNGST MOBIL UND
GREIFEN AN.



RE:ORGANISIERT DIE
ANTIFASCHISTISCHE
AKTION!



RE:ORGANISIERT DIE
ANTIFASCHISTISCHE
AKTION!



DIE
RASSISTISCHE
MOBILMACHUNG
AUSEINANDERJAGEN

PAPERS4ALL
OR NO PAPERS
AT ALL!